



Plenarprotokoll

74. Sitzung

Kiel, Freitag, 15. November 2002

Aktuelle Stunde..... 5558

**Auswirkungen der Novembersteuer-
schätzung auf die Finanzen des Landes
Schleswig-Holstein..... 5558**

Antrag der Fraktion der CDU

Claus Möller, Minister für Finanzen und
Energie 5558, 5566
Martin Kayenburg [CDU] 5559
Günter Neugebauer [SPD] 5561
Dr. Heiner Garg [FDP]..... 5562, 5571
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN] 5563
Lars Harms [SSW] 5565
Rainer Wiegard [CDU] 5569
Lothar Hay [SPD] 5570
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 5572

**Bundsratsinitiative des Landes Berlin
zur Änderung dienstrechtlicher Vor-
schriften..... 5574**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2250

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2261

Änderungsantrag der Abgeordneten des
SSW
Drucksache 15/2260

Günther Hildebrand [FDP]..... 5574
Klaus-Peter Puls [SPD] 5576
Klaus Schlie [CDU] 5578, 5582, 5584
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN] 5579, 5583, 5586
Lars Harms [SSW] 5581, 5586
Werner Kalinka [CDU] 5582
Dr. Heiner Garg [FDP] 5582

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin.....	5583	Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses	
Klaus Buß, Innenminister.....	5585	Drucksache 15/2178	
Holger Astrup [SPD], zur Geschäftsordnung.....	5586	Andreas Beran [SPD], Berichterstatter ..	5600
Beschluss: Ablehnung.....	5587	Beschluss: Verabschiedung	5600
Grenzüberschreitende Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen	5587	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag aller Länder über die Bereitstellung von Mitteln aus der Oddset-Sportwette im Zusammen- hang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland.....	5600
Landtagsbeschluss vom 13. September 2002 Drucksache 15/2067		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2136	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2232		Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses	
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz.....	5587	Drucksache 15/2225	
Werner Kalinka [CDU].....	5588	Ursula Kähler [SPD], Berichterstatterin.	5600
Astrid Höfs [SPD].....	5589	Beschluss: Verabschiedung	5601
Dr. Heiner Garg [FDP].....	5591	Gemeinsame Beratung	
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5592	a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Land Schleswig- Holstein (Landes-Vergabegesetz)	5601
Silke Hinrichsen [SSW].....	5593	Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW	
Beschluss: Überweisung an den Sozialaus- schuss und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung	5595	Drucksache 15/957	
Die Rolle des Ausschusses der Regionen im zukünftigen Aufbau der Europäi- schen Union	5595	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses	
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Drucksache 15/2228	
Drucksache 15/2235		b) Änderung des Gesetzes gegen Wett- bewerbsbeschränkungen.....	5601
Ulrike Rodust [SPD].....	5595	Antrag der Abgeordneten des SSW	
Manfred Ritzek [CDU]	5596	Drucksache 15/958	
Joachim Behm [FDP].....	5597	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5598	Drucksache 15/2229	
Lars Harms [SSW]	5598	Roswitha Strauß [CDU], Bericht- erstatteerin.....	5601
Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin.....	5599	Beschluss: Für erledigt erklärt.....	5601
Beschluss: Überweisung an den Europa- ausschuss zur abschließenden Bera- tung	5600	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung der Fach- kliniken (FKING)	5600
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung der Fach- kliniken (FKING)	5600	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1914	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1914		Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grund- sicherung im Alter und bei	

Erwerbsminderung sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes	5601	Einführung des Fallpauschalensystems (DRG) an schleswig-holsteinischen Krankenhäusern	5602
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2074		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2242	
Andreas Beran [SPD], Berichterstatter ..	5601	Beschluss: Annahme.....	5602
Beschluss: Verabschiedung	5601	Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2000	5602
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Land Schleswig-Holstein (Landessicherheitsüberprüfungsgesetz – LSUG -)	5601	Drucksache 15/1372 und	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2202		Bemerkungen 2002 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2000	5602
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	5601	Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 15/2209	
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Jugendmedienschutz Staatsvertrag und zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes	5602	Ursula Kähler [SPD], Berichterstatterin	5602
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2218		Beschluss: Annahme.....	5602
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Sozialausschuss.....	5602	Martin Kayenburg [CDU], zur Geschäftsordnung.....	5602
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (Brandschutzgesetz – BrSchG)	5602	Holger Astrup [SPD], zur Geschäftsordnung.....	5603
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2230		Beschluss: Außerordentliche Tagung am 18. Dezember 2002.....	5603
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	5602	* * * *	
.. Umbesetzung im Richterwahlausschuss	5602	Regierungsbank:	
Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2206		Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	
Beschluss: Annahme.....	5602	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	
		Klaus Buß, Innenminister	
		Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	
		Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	
		Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	
		Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz	
		* * * *	

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, Ihnen allen zusammen erst einmal einen schönen guten Morgen.

Auf der Tribüne begrüßen wir Gäste, Damen und Herren der Abendvolkshochschule in Leck sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Qualifizierungsmaßnahme der Firma New Start in Kiel. Ihnen allen ein herzliches Willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Damit treten wir in die Tagesordnung ein, Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde

Auswirkungen der Novembersteuerschätzung auf die Finanzen des Landes Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Die Fraktionen sind mit der Regierung dahin gehend übereingekommen, dass zunächst der Finanzminister seinen Beitrag leistet und danach der Oppositionsführer.

Herr Minister Möller für die Landesregierung, bitte.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat in den letzten Tagen in Dessau die mittelfristige Steuerschätzung vom Mai 2002 und für das Jahr 2003 auf der Grundlage der revidierten gesamtwirtschaftlichen Eckwerte, der Entwicklung der **Steuereinnahmen** Januar bis Oktober, der seit Mai verkündeten Steuerrechtsänderung überprüft. Dabei haben wir zu gewärtigen, dass noch vor einem Jahr in der Novembersteuerschätzung für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,25 % prognostiziert wurde, das dann auf 0,75 % gesenkt wurde. Jetzt geht die Steuerschätzung von 0,5 % aus.

So manch einer wird ja sagen, das habe ich immer gewusst. Das Institut für Weltwirtschaft ist in diesem Jahr noch von 1,5 % ausgegangen, und die Dresdner Bank hat noch im Juli gesagt, wir könnten 1 % schaffen.

Es führt nichts daran vorbei, wir haben ein eklatantes Finanzproblem der öffentlichen Haushalte, die Weltwirtschaft steckt in einer der heikelsten Phasen seit Jahrzehnten, geprägt, sage ich mal, vom Platzen von Aktien- und Technologieblasen. Nachwirkungen des 11. September und die Drohung eines möglichen Irakkrieges haben ihren Teil dazu beigetragen.

Ich gehe davon aus - das sollte organisiert werden im Einvernehmen mit dem Präsidium -, dass Ihnen der Presstext mit den Zahlen auf den Tisch gelegt wird. Die Steuerschätzung geht davon aus, dass noch einmal die Maisteuerschätzung für dieses Jahr um 15,1 Milliarden insgesamt reduziert wird, davon 6,3 Milliarden die Länder, 2,3 Milliarden die Kommunen, und für das Jahr 2003 noch einmal 22 Milliarden, 9,3 Milliarden für die Länder, 3,7 Milliarden für die Kommunen. Teilweise ist der Betrag von 16 Milliarden veröffentlicht worden. Das ist eine rechnerische Größe, die verkennt, dass die Mehreinnahmen, die durch die Verschiebung der Steuerreform auftreten, eins zu eins wieder als Ausgaben für die Flutopfer weitergereicht werden.

Was lehrt uns das für Schleswig-Holstein, welches sind die Auswirkungen? Ich habe das Kabinett heute darüber unterrichtet und habe selbstverständlich in den letzten Tagen mit der Ministerpräsidentin Kontakt gehabt.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist ja beruhigend!)

Ich will Ihnen zunächst die Zahlen nennen. Für das Jahr 2002 gehen wir nunmehr insgesamt von einem Minus von 430 Millionen aus. Davon waren 155 Millionen in der Maisteuerschätzung prognostiziert. Für das Jahr 2003 müssen wir insgesamt gegenüber der alten Schätzung von vor einem Jahr von einem Minus von 515 Millionen ausgehen. Davon wurden in der Maisteuerschätzung bereits 2333 Millionen prognostiziert. Diese sind bereits Gegenstand des Haushalts. Aber es führt nichts daran vorbei, für das Jahr 2003 haben wir aufgrund dieser Tatsache eine zusätzliche Deckungslücke von 230 Millionen.

Meine Damen und Herren, es ist ja nicht so, dass wir diese Entwicklung ganz tatenlos hingenommen haben. Wir haben schon im Februar eine erste zusätzliche Haushaltsbewirtschaftung von 27 Millionen verhängt, dabei allerdings wegen der Baukonjunktur die Investitionen und die Verpflichtungsermächtigungen für die Investitionen ausgenommen. Als die Maisteuerschätzung kam, haben wir die Haushaltssperre verhängt. Ich denke aber, Größenordnungen wie die 430 Millionen sind im Laufe des Haushalts nicht mehr wegzusparen. Sie wissen, dass wir darüber hinaus noch ein paar außerplanmäßige Ausgaben hatten, zum Beispiel für Bürgschaften.

Ich schlage Ihnen in Abstimmung mit der Ministerpräsidentin - das Kabinett hat das heute noch einmal bestätigt - vor, dass bei der Situation, in der jetzt schon zwei Jahre lang das Steueraufkommen immer unter dem des Vorjahres und das Steueraufkommen 2003 300 Millionen unter dem des Jahres 2002

(Minister Claus Möller)

liegt, wir wie der Bund davon ausgehen, dass das **gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht** gestört ist. Auf der Basis hat das Kabinett beschlossen, auf meinen Vorschlag, dass wir am Donnerstag einen **Nachtragshaushalt** aufstellen, dass wir in diesem Nachtragshaushalt eine höhere **Kreditaufnahme** werden vorsehen müssen. Wir gehen davon aus, dass wir diesen Nachtragshaushalt Ihnen spätestens am 22. zuleiten können und dass er dann noch in diesem Jahr verabschiedet werden kann.

Für das kommende Jahr ist in der so genannten Nachschiebeliste jetzt natürlich auch noch Handlungsbedarf. Ich sage unumwunden, ich werde dem Kabinett einen Haushalt vorlegen, der die Verfassungsgrenze bei der Kreditaufnahme für 2003 einhält. Das bedeutet allerdings, dass wir im Ausgabenbereich in den verschiedensten Bereichen noch einmal deutliche **Einsparungen** werden vornehmen können.

(Lachen bei der CDU - Zurufe von CDU: Müssen!)

Diesen Weg eines verfassungskonformen Haushalts für 2003 gehen nicht alle Länder, um das noch einmal deutlich zu machen, wie die Gesamtsituation der Länder ist. Es gab gestern die Pressekonferenz von Herrn Gabriel. Herr Gabriel geht davon aus, dass er 2002 und 2003 die Nettokreditaufnahme wird verdoppeln müssen.

(Zuruf von der FDP: Dazu kommt er nicht mehr!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Finanzminister, beachten Sie bitte die Zeit.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Die Gespräche mit den anderen Ländern gehen ebenfalls davon aus, dass es bis zur Verdoppelung der Nettokreditaufnahme in sehr vielen Ländern, auch CDU-regierten Ländern, kommen wird.

Herr Präsident, ich weiß, wie die Regelungen bei der Aktuellen Stunde sind. Ich kann jetzt natürlich mit den Zahlen Schluss machen. Ich würde dennoch gern Gelegenheit haben, zur Gesamtsituation und wie wir damit umgehen, etwas zu sagen. Ich würde es für besser halten, wenn ich das, wenn Sie einverstanden sind, jetzt tun könnte und nicht nachher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Sie haben nachher die Möglichkeit zu einem zweiten Beitrag.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Dann zum Abschluss jetzt noch einmal: Die Zahlen liegen auf dem Tisch. Sie sind für die öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen wirklich desaströs. Unser Vorschlag und unser Vorgehen ist: Nachtragshaushalt noch im Dezember, in dieser Woche, in der kommenden Woche, und über die Nachschiebeliste über eine Kombination aus Kreditaufnahme, Einsparungen Ihnen noch einen verfassungskonformen Haushalt zur Beschlussfassung vorzulegen. Alles Weitere in einem späteren Beitrag!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort hat jetzt der Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag und Fraktionsvorsitzender der CDU, Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die „Financial Times Deutschland“ hat am 25. Oktober nach der Bundestagswahl geschrieben: „Neustart am Abgrund“. Die dramatischen Zahlen, die der Finanzminister gerade vorgetragen hat, müssen uns diese Bezeichnung verändern lassen. Das heißt: Neustart in den Abgrund. Anders kann ich nicht verstehen, was heute hier vorgetragen worden ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Bürger nicht nur unseres Landes müssen von Tag zu Tag leidvoll erkennen, wie sehr sie belogen und betrogen worden sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der 13. dieses Monats war zwar kein Freitag, aber ein rabenschwarzer Tag für Rot-Grün.

(Beifall bei der CDU)

Schlimmer allerdings für uns alle. Ich will das kurz auflisten. Desaströs die Zahlen der Steuerschätzung. Der Minister hat dieses Wort selbst gebraucht. Als wir das vor einiger Zeit gebraucht haben, wurden wir beschimpft und verhöhnt.

(Beifall bei CDU und FDP - Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

(Martin Kayenburg)

Desaströs sind die Zahlen. Die Wachstumsprognose ist zurückgenommen worden von den fünf Weisen, ein Verfahren wegen Überschreitung des Haushaltsdefizits ist von Brüssel angekündigt, der blaue Brief ist auf dem Weg. Wir haben dieses Jahr eine Überschreitung von 3,8 %, für das nächste Jahr von weiteren 3,1 %. Ich frage mich, wie dieses Land eigentlich die Defizitkriterien je einhalten will. Obendrauf kommt die Ankündigung des Verfahrens gegen die Landesbank Schleswig-Holstein wegen ungerechtfertigter öffentlicher Beihilfen. Ich denke, Herr Minister, das ist ein vernichtendes Zeugnis der Wirtschaftssachverständigen und der EU für Ihre und für die Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie jetzt die Prognosen korrigieren, so gehen Sie ja noch nicht einmal auf die Werte ein, die die Sachverständigen Ihnen vorgeben. Sie gehen für dieses Jahr noch von 0,5 % aus, die Sachverständigen von 0,2 %. Das ist kein Wachstum, das ist Stagnation, das ist Stillstand, das ist die konjunkturelle Misere, die hier ausgerufen worden ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dass Sie dabei sind, die Zahlen für das nächste Jahr schon wieder schönzureden, ist doch klar. Sie rechnen mit 1,5 % Wachstum, die Sachverständigen gehen von 1 % oder weniger aus.

Ich frage Sie: Wie können Sie eigentlich von Wachstum reden? Sie bekommen die Probleme nicht in den Griff. Wenn der Finanzminister letzten Mittwoch euphorisch sagt, dass die Bundesregierung in der Herbsteinschätzung davon ausgehe, dass sich die Erholung der **wirtschaftlichen Entwicklung** in der zweiten Jahreshälfte 2002 fortsetze und sich im Jahre 2003 verstärke, dann kann ich nur fragen: Wovon redet dieser Minister eigentlich? Er redet wie der Blinde von der Farbe.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, Herr Minister, Sie sitzen mit der Pechmarie Eichel in einem Boot. Die fünf Wirtschaftsweisen korrigieren Sie pausenlos nach unten. Sie sind nicht in der Lage, ein adäquates Konzept zu bieten. Der Finanzminister Eichel erklärt das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht. Willfährig kommen alle hinterher. Warum denn wohl? - Sie machen Schulden auf Teufel komm raus. Sie sind gar nicht an einer Haushaltskonsolidierung interessiert. Konzeptionslosigkeit und sinnlose Ausgaben führen dazu, dass wir in dieser Misere stecken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben heute erklärt, dass Sie einen **Nachtragshaushalt** vorlegen wollen. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie können gar nicht anders, wenn Sie das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht erklären. Aber als wir im Sommer einen Nachtragshaushalt gefordert und Ihnen klar gemacht haben, wie die Zahlen aussehen werden, haben Sie diesen abgelehnt. Wir könnten viel besser dastehen, wenn Sie unseren Vorschlägen gefolgt wären.

(Beifall bei der CDU)

Wie dramatisch die Situation für Schleswig-Holstein ist, haben Sie eben selbst deutlich gemacht, Herr Minister. Die Differenz zum Haushaltsoll liegt in diesem Jahr bei 365 Millionen €. Die globalen Minderausgaben 37 Millionen € und die globalen Mehrausgaben betragen 100 Millionen €. Das Haushaltsrisiko beläuft sich in diesem Jahr auf mehr als eine halbe Milliarde Euro. Im nächsten Jahr wird es genauso sein. Dort haben Sie ebenfalls Minderausgaben, Mehreinnahmen und vor allem 100 Millionen € von der Landesbank eingebucht. Ich frage Sie: Wie wollen Sie bei einem Haushaltsrisiko von einer halben Milliarde Euro eigentlich mit den hier vorgestellten Zahlen umgehen? Wir warten gespannt auf Ihre Konzepte.

(Beifall bei der CDU - Dr. Ekkehard Klug
[FDP]: Konzepte?)

Konzepte hat er ja nicht; das ist sein Problem. - Herr Minister Möller, Ihre Anrufe bei Frau Simonis helfen überhaupt nichts.

(Beifall bei CDU und FDP - Heiterkeit)

Die Hütte brennt. Die Dame, die das zu verantworten hat, sitzt in China und macht unsinnige Vorschläge zur Kürzung der Gehälter der Mitarbeiter. Vor dem Hintergrund darf sich niemand wundern, wenn es auf der Straße Protest gibt mit dem Ruf: „Heide muss weg!“

(Beifall bei CDU und FDP - Klaus Schlie
[CDU]: Recht haben die Leute!)

Ich frage mich nur - das ist die Bitte an den Kollegen Hay -, ob der Spruch „Heide muss weg“ nicht nach den Haushaltsberatungen möglicherweise „Hayde muss weg“ lauten muss, Herr Astrup. Unabhängig davon finde ich, das Ketchup-Lied des Kanzlers findet eine grausige Fortsetzung. Wie heißt es so schön: „Was du heute kannst versprechen, darfst du morgen wieder brechen.“ Die zweite Strophe muss heißen: „Kiel ist da mein bestes Beispiel. Simonis kam noch nie ans Ziel.“

(Starker Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg, im Dichten mögen Sie vielleicht die Note befriedigend erhalten. Was die Vorlage von Alternativen oder Konzepten angeht, kann ich Ihnen nur die Note sechs bescheinigen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU:
Vielen Dank, Herr Lehrer!)

Wenn Sie ehrlich gewesen wären, dann hätten Sie nicht bestreiten können, dass die in der Tat desaströse **Steuerschätzung** im wesentlichen Maße das Ergebnis der weltweiten konjunkturellen Entwicklung,

(Zuruf von der CDU: USA! - Weitere Zurufe von der CDU)

aber auch der Steuerreform, die wir gemeinsam gewollt haben, meine Damen und Herren, ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben die verhindert!)

Für Sie gibt es weder Anlass zum Jubeln noch zu Vorhaltungen, Herr Kayenburg.

(Martin Kayenburg [CDU]: Leider nicht!
Zum Heulen ist das!)

Wo waren Sie, als wir Anstrengungen unternommen haben, die Einnahmeseite durch Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine angemessene Erhöhung der Erbschaftsteuer zu verbessern? Sie haben sich in die Büsche begeben.

(Klaus Schlie [CDU]: Ihr habt Konzepte?)

Wo waren Sie in den letzten Jahren, als wir ganz konkrete Vorschläge zu Einsparungen in freiwilligen Bereichen und zur Schließung von Behördeneinrichtungen in Schleswig-Holstein unterbreitet haben?

(Klaus Schlie [CDU]: Welche Vorschläge haben Sie dazu gemacht?)

Sie haben jeden einzelnen Vorschlag abgelehnt, meine Damen und Herren.

Stattdessen haben Sie die Demonstranten vor dem Landeshaus ermuntert und vor Ort und in diesem Hause bis zum gestrigen Tage eine Fülle von neuen Versprechungen unterbreitet und Ausgabensteigerungen gefordert.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schlie?

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident, ich habe im Rahmen der Aktuellen Stunde nur eine Redezeit von fünf Minuten. Insofern möchte ich ausnahmsweise darauf verzichten.

Herr Kayenburg, auch ein Blick über die Landesgrenze würde Ihnen die Augen öffnen, wenn Sie ehrlich sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja, nach Niedersachsen!)

Schauen Sie dorthin, wo Ihre Parteien regieren! Ich nenne die Beispiele Hessen und Hamburg. Die Erklärungen der Finanzminister könnten aus der Feder von Claus Möller stammen, weil sie nämlich in der Begründung der Auswirkungen, Folgen und Ursachen dieser in der Tat desaströsen Steuerschätzung deckungsgleich sind. Auch in Hessen, Hamburg und in den Ländern, in denen CDU und FDP regieren, werden Sie um spürbare Eingriffe in Besitzstände nicht herumkommen. Sie müssen den Mut haben, das auch den Menschen in Schleswig-Holstein zu sagen. Hier dürfen Sie sich nicht verweigern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach Ihren Erklärungen zur Bundestagswahl sage ich: Es ist in doppelter Hinsicht gut, dass Sie am 22. September die Bundestagswahl nicht gewonnen haben. Es ist gut für unser Land, meine Damen und Herren, aber auch für Ihre Partei. Wie hätten Sie denn jetzt den Wählerinnen und Wählern erklären wollen, warum Ihre Versprechen in Milliardenhöhe nach der Bundestagswahl nicht hätten eingelöst werden können?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Wie erklären Sie Ihre Wahlversprechen?)

Meine Damen und Herren, natürlich kann die Ausrufung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts keine Lösung der Probleme sein. Denn Schulden müssen zurückgezahlt werden und kosten viel Geld, meine Damen und Herren. Aber wir teilen die Auffassung der Regierung. Schulden sind unvermeidbar. Auch weil es angesichts des in diesem Jahr zu erwartenden hohen Defizits beim Vollzug in den Jahren 2003 und 2004 zu einer Defizitabdeckung kommen würde, sagen wir: Es gibt keine Alternative zur **Kreditaufnahme** in diesem Jahr, weil wir bei

(Günter Neugebauer)

einem Verzicht auf ein weiteres Defizitpending zu einer weiteren Belastung des Arbeitsmarktes und der konjunkturellen Entwicklung beitragen würden. Die Situation verpflichtet uns, sehr kurzfristig spürbare Eingriffe im Ausgabenbereich und Verbesserungen im Einnahmehereich vorzunehmen. Ich sage das ganz bewusst, meine Damen und Herren: Ich hoffe darauf, dass Sie sich dieser gemeinsamen Verantwortung für unser Land erstmalig nicht verweigern. Es ist nicht nur unser Land, sondern unser gemeinsames Land, für das wir alle gemeinsam in diesem Hause eine große Verantwortung tragen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hätten Sie sagen sollen, als es um den Haushalt 2001 ging!)

Wir kommen nicht darum herum, meine Damen und Herren, sehr kurzfristig spürbare **Einschnitte**, Streichungen und Reduzierungen bei den freiwilligen Leistungen vorzunehmen. Wir kommen auch nicht darum herum, die **Personalkosten**, die fast 40 % des Nettohaushaltes umfassen, durch Stellenstreichungen zu reduzieren.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Das sagen wir seit Jahren!)

Aber ich sage: Es geht dabei auch ohne betriebsbedingte Entlassungen. Wir werden trotz Ihres erwarteten Widerstands im Detail auch nicht darum herumkommen, die Verwaltungsstrukturen noch weiter zu verschlanken, um auch in diesem Bereich nicht nur zu mehr Bürgernähe und Effizienz, sondern auch zu Kosteneinsparungen zu gelangen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Luftblasen! - Weiterer Zuruf von der FDP: Fangen Sie bei der Staatskanzlei an!)

Ich appelliere an Sie: Machen Sie mit! Unterstützen Sie unsere Vorhaben zur Verbesserung auf der Einnahmeseite! Machen Sie mit uns mit, wenn es darum geht, im Interesse des Landes sich auch gegen noch so berechnete Einzelinteressen von Verbänden und Bürgergruppen zur Wehr zu setzen. Hören Sie auf, die Reform der Körperschaftsteuer im Bundesrat zu blockieren, meine Damen und Herren! Wir stehen vor einer großen Herausforderung für unser Land.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zu Ihrem letzten Satz.

Günter Neugebauer [SPD]:

Ich bin ja dabei, Herr Präsident.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Sie haben Ihre Redezeit bereits um 45 Sekunden überzogen.

Günter Neugebauer [SPD]:

Machen Sie mit uns mit! Ich appelliere an Sie. Wir werden wahrscheinlich den Mut alleine aufbringen müssen. Aber auch Sie tragen für dieses Land in dieser schwierigen Zeit Mitverantwortung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der FDP hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort. - Ich möchte darauf hinweisen, dass wir nicht zu viel überziehen können. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Person.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Kollege Neugebauer, wie viel Peinlichkeit und Unehrlichkeit wollen Sie eigentlich diesem Parlament noch zumuten?

(Beifall bei FDP und CDU)

Jetzt, wo der Karren finanzpolitisch richtig in den Dreck gefahren wurde, winseln Sie die Opposition - das tun Sie in Berlin, das tun Sie in Kiel - um ihre Mithilfe an, nachdem Sie jahrelang jeden konstruktiven Vorschlag von CDU und FDP abgelehnt haben.

(Beifall bei FDP und CDU - Klaus Schlie [CDU]: Richtig!)

Jeder noch so konstruktive Vorschlag zur **Haushaltskonsolidierung** war entweder umweltfeindlich, frauenfeindlich oder sonst wie feindlich und wurde von Ihnen einfach vom Tisch geweht. So, lieber Kollege Neugebauer, kann man nicht mit der Unterstützung der Opposition rechnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie hätten - das sage ich auch Ihnen, Herr Finanzminister - in einer solch schwierigen Lage jedes Recht, die gesamtgesellschaftliche Unterstützung, auch die Unterstützung der Opposition, einzufordern. Aber es wäre auch das Recht der Opposition gewesen, nicht monatelang vor der Wahl belogen und betrogen zu werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Finanzminister, ich kann mich noch gut an die Wahlkämpfe an den Wahlständen erinnern, wo ich

(Dr. Heiner Garg)

von Sozialdemokraten - das ist nicht zitierfähig - aufs Übelste beschimpft wurde, wenn ich gesagt habe: Diese Bundesregierung wird das Maastrichtkriterium reißen. - Ich möchte Ihnen ersparen, wie man mich damals titulierte hat. Sie wussten lange vor der Wahl, dass das Staatsdefizit mitnichten 2,8 % betragen wird. Sie wussten, dass der blaue Brief aus Brüssel kommt. Kurz nach der Wahl war es auf einmal allen klar. Kurz nach der Wahl wurde das angekündigt. Das lässt sich auf die einfache Formel reduzieren: Vor der Wahl gelogen, nach der Wahl betrogen, Herr Finanzminister Möller!

(Beifall bei FDP und CDU)

Es ist immer ganz gut, wenn man Volkswirtschaftslehre studiert hat, sodass man in einer solchen Debatte keine Ghostwriter braucht. Lieber Herr Finanzminister, Herr Kollege Neugebauer, ich finde, bei Ihren Ausführungen zur Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts verwechseln Sie Ursache und Wirkung. Der Bundesfinanzminister hat am Mittwoch in der Tat die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts festgestellt, damit die geplante Überschreitung der Kreditobergrenze durch den Nachtragshaushalt des Bundes für 2002 nicht verfassungswidrig ist. Sehr geehrter Herr Finanzminister, das ist in der Tat die Umkehrung des verfassungsrechtlich gewollten Ursache- und Wirkungszusammenhanges.

Ich möchte Ihnen das einmal erläutern. Nach Artikel 115 des Grundgesetzes ist die Überschreitung der **Kreditobergrenze** zulässig, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist, also eine solche Störung bevorsteht. Herr Finanzminister Möller, im Grundgesetz steht mitnichten: Die Regierung soll eine Störung des Gleichgewichtes vorschlagen, um eine selbstverschuldete Liquiditätskrise im Bundeshaushalt durch neue Schulden decken zu können. - Das steht nicht im Grundgesetz. Genau das versuchen Sie uns aber hier weiszumachen. Ich will Ihnen deutlich sagen: Die FDP-Fraktion lässt sich von Ihnen nicht hinters Licht führen, nie wieder, Herr Finanzminister!

Die **Haushaltsdefizite** Schleswig-Holsteins sind nicht auf eine schwerwiegende Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zurückzuführen. Die Wachstumsrate - schade, dass der Wirtschaftsminister nicht da ist - des Bruttoinlandsprodukts für das erste Halbjahr 2002 betrug in Schleswig-Holstein 1,3 %. Das haben wir hier doch immer als Jubelarie verkauft bekommen.

(Zuruf von der CDU: Genauso ist es!)

Von der selbstverschuldeten Liquiditätskrise der Landesregierung auf eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu schließen, wäre eine Umkehrung

von Ursache und Wirkung. Herr Finanzminister Möller, das Problem, das Sie haben, ist das strukturelle Defizit im Landeshaushalt. Das beträgt ungefähr 500 Millionen €.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie wissen es zumindest jetzt: Dieses Defizit hätten Sie auch bei guter Konjunkturlage. Das ist doch Ihr eigentliches Problem, dass Sie auch bei ordentlichen konjunkturellen Daten immer mehr ausgegeben haben, als Sie tatsächlich eingenommen haben.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Die jetzige konjunkturelle Schwächephase verschärft diese Probleme nur, sie deckt sie gnadenlos auf, Herr Finanzminister.

Wenn am Anfang einer solchen Debatte ein wenig Selbstkritik und ein wenig Ehrlichkeit stünde, dann hätten Sie auch wieder das Recht, die Mitarbeit der Opposition zu verlangen. Aber so, wie Sie uns belogen haben, mit Sicherheit nicht.

(Lebhafter anhaltender Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Garg, so, wie Sie geredet haben, erwecken Sie den Eindruck, als existierten die **Steuereinbrüche**, die allein für Schleswig-Holstein eine Größenordnung von 430 Millionen € betragen - das sind fast 900 Millionen DM -, gar nicht und die Landesregierung erzähle Ihnen das nur.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein, nein! - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Sie sind durch die Steuerreform verursacht! - Rainer Wiegard [CDU]: Hausgemacht!)

Angesichts der Situation, vor der wir stehen, stellen wir uns natürlich die Frage: Haben wir die Entwicklung falsch eingeschätzt? War die Entwicklung voraussehbar?

(Rainer Wiegard [CDU]: Nicht falsch eingeschätzt! - Klaus Schlie [CDU]: Was haben Sie falsch gemacht?)

(Karl-Martin Hentschel)

Die Antwort ist schwer. Ich stelle fest: Erstens. Auch die Wirtschaftsweisen lagen mit ihren Prognosen voll daneben.

(Holger Astrup [SPD]: Dauernd!)

Zweitens. Beide Oppositionsparteien haben bei den Haushaltsberatungen im letzten Jahr deutliche Mehrausgaben gefordert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Holger Astrup [SPD]: Jede Menge! - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist definitiv falsch! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Bitte auch die Deckungsvorschläge dazu! - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Auch die Kürzungsvorschläge!)

Das sind Fakten. Frau Heinold wird Ihnen nachher Ihre eigenen Anträge vorlesen. - Sie haben Mehrausgaben gefordert und fiktive Deckungsvorschläge vorgelegt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben es damals nicht verstanden und heute auch noch nicht!)

Wir haben Ihnen schon damals gesagt, dass die Steuereinnahmen das niemals erbringen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn uns weder die Weisen noch die Opposition helfen, müssen wir selbst Entscheidungen treffen.

(Zurufe)

Es ist notwendig, dass die Regierung in diesem Land - das gilt für alle - Entscheidungen trifft. Ich möchte fünf Punkte nennen.

Erstens. Wir halten es für notwendig, auch für Schleswig-Holstein das **gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht** für gestört zu erklären. Damit sichern wir die Handlungsfähigkeit des Landes.

Zweitens. Wir halten es für notwendig,

(Zurufe)

noch in diesem Jahr einen Haushalt zu verabschieden - Herr Präsident, können Sie einmal für Ruhe sorgen? -, und plädieren deshalb für eine Sondersitzung vor Weihnachten.

Gerade weil wir enorme Einsparungen vornehmen müssen, ist es wichtig, dass die Verbände, Initiativen, Betriebe, Kommunen und so weiter wissen, woran sie sind, und wir durch die Verabschiedung des Haushalts Klarheit schaffen.

Drittens. Wir brauchen Einnahmeverbesserungen zugunsten der Länder und der Kommunen. Wir haben ein Wirtschaftswachstum von 0,2 oder 0,5 %. Wir haben aber - Herr Garg, das haben Sie verwechselt - Steuereinbrüche in Milliardenhöhe.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! Wir haben Steuermehreinnahmen! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich habe gar nichts verwechselt!)

Hier sind auch Fehler von Rot-Grün gemacht worden. Aber Schwarz-Gelb braucht sich auch da nicht aufzublasen. Bei keiner Steuersenkung in Berlin hat die Opposition gerufen: Das ist zu doll. Bei jeder Steuersenkung hat die Opposition gerufen: Das ist zu wenig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Viertens. Wir brauchen weitere **Einsparungen** im Landeshaushalt. Kurzfristig ist wenig möglich. Es muss erneut über kofinanzierte Förderprogramme und über Personalkosten geredet werden.

Weitere relevante Sparmaßnahmen gehen auf Kosten der Investitionen, auf Kosten der Wirtschaft und auf Kosten der Konjunktur. Auch das muss bedacht werden. Mittelfristig können wir die Verwaltungskosten weiter reduzieren, wenn wir Strukturreformen beim Land und bei den Kommunen vornehmen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann machen Sie es doch! - Klaus Schlie [CDU]: Legen Sie los!)

Fünftens. Wir brauchen ein Umsteuern bei der Finanzierung unserer Sozialsysteme. Auch wenn wir einen gut ausgebauten Sozialstaat erhalten wollen, brauchen wir Einschnitte.

(Klaus Schlie [CDU]: Wo sind die Konzepte? - Dr. Heiner Garg [FDP]: Regieren Sie seit gestern?)

Vor allem müssen wir eine Änderung bei der Finanzierung hinbekommen. Die Grundrente und die medizinische Grundversorgung müssen endlich über Verbrauchsteuern finanziert werden. Nur Verbrauchsteuern wie die Mehrwertsteuer wirken sich nicht auf unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt aus.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, jeder, der sich an diesen Entscheidungen vorbeizumogeln versucht, wer weiterhin im Land herumläuft und den

(Karl-Martin Hentschel)

Eindruck erweckt, es könne alles so bleiben - das gilt für alle Politiker von allen Parteien -, wer weiter so tut, als könne alles so bleiben, wie es ist und es müsse nicht zu Einsparungen kommen, der belügt sich selber und die Wählerinnen und Wähler.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das können Sie am besten, sich selber belügen!)

Wir haben eine Situation - das ist das Problem in unserem Land -, dass jeder Vorschlag, um die Krise zu bewältigen, von zwei Dritteln der Meinungsträger abgelehnt wird. Es gibt keinen Konsens unter den politischen und wirtschaftlichen Meinungsträgern in diesem Land über das notwendige Paket, das jetzt umzusetzen ist. Ich kann nur sagen: Die Krise, in der wir sind, erfordert es, dass wir diesen Weg hinbekommen.

Die Opposition hat die Wahl verloren, weil sich die CDU nicht getraut hat, Alternativen zu formulieren, und die FDP allen, die nicht zu den Besserverdienern gehören, Angst eingejagt hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Huh!)

Heute kommt die FDP mit einem Antrag zur Dienstrechtsreform, nach dem möglichst nichts passieren soll.

(Günter Neugebauer [SPD]: Genauso ist es!)

In der jetzigen Situation - ich komme zum Schluss, Herr Präsident - ist es das Allerwichtigste, dass es gelingt, die Stimmung im Land herumzureißen.

(Lachen bei CDU und FDP - Klaus Schlie [CDU]: Sie hätten gestern vor das Landeshaus gehen sollen!)

Dieses Land hat genügend geistige und materielle Ressourcen, um das Ruder herumzureißen. Die Zeit des Zauderns und der Angst muss jetzt vorbei sein. Das sage ich in Richtung Berlin, das sage ich in Richtung Opposition und das sage ich auch an uns selber gerichtet.

(Zuruf von der CDU: Höchste Zeit!)

Ich bin sicher: Wenn wir unsere Hausaufgaben gemeinsam und mutig machen, wenn wir den Menschen Vertrauen geben, dass wir die Situation anpacken, dann können und werden wir die Probleme lösen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorige Mittwoch war wirklich ein schlechter Tag für Deutschland und nicht nur für Rot-Grün, wie einige das gern sehen möchten. Denn von der Entwicklung sind wir alle betroffen, alle Bundesländer. Zum einen wurde das förmliche Verfahren der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik wegen Überschreitung der 3-Prozent-Verschuldensgrenze, der so genannten Maastricht-Kriterien, 2002 eingeleitet. Zum anderen präsentierten die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ihre traditionelle Herbstprognose zum **Wirtschaftswachstum**, die nur noch von 1 % Wachstum für 2003 ausgeht. Vor Jahresfrist hatten sowohl die Bundesregierung als auch die Wirtschaftsforschungsinstitute noch mit einem Wachstum für 2003 zwischen 2 und 3 % gerechnet. Somit haben sich alle in ihrer ursprünglichen Einschätzung geirrt, nicht nur die Bundesregierung.

Da kann es nicht mehr verwundern, dass dann auch noch die aktuelle Novembersteuerschätzung für Bund, Länder und Kommunen, die ebenfalls am Mittwoch präsentiert wurde, von **Steuereinnahmeausfällen** für 2002 und 2003 von insgesamt 31 Milliarden € ausgeht.

Zusammengefasst muss man deshalb sagen: Die Bundesrepublik steht vor einer ernststen wirtschaftlichen und finanziellen Krise.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir sind mitten drin!)

Das gilt für das ganze Land und für jedes Bundesland.

Diese Krise muss natürlich vor dem Hintergrund der internationalen Konjunkturentwicklung bewertet werden. Als Exportweltmeister, der wir immer noch sind, trifft uns eine solche Entwicklung besonders hart. Dennoch ist ein Teil der Probleme, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, hausgemacht. Wir sprachen einige dieser Probleme schon bei der Diskussion über eine mittelstandsfreundliche Politik an. Deutschland hat ein systembedingtes Problem, das zum Beispiel zu hohen Lohnnebenkosten führt. Da hilft das Hartz-Konzept, das wir befürworten, nur punktuell. Wir brauchen grundlegende Reformen im Sozialversicherungsbereich, wobei der SSW - ähnlich wie die Grünen gerade eben - für ein **steuerfinanziertes Sozialsystem** plädiert. Hier muss die Bundesrepublik schnellstens ansetzen, um eine wirkliche Wende auf dem **Arbeitsmarkt** zu erreichen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lars Harms)

Der Bundesfinanzminister hat für seinen Nachtragshaushalt 2002, der nächste Woche beschlossen wird, den „finanziellen Notstand“ - so will ich es einmal nennen - erklären lassen, damit er weitere Kredite zum Stopfen der neuen Haushaltslöcher aufnehmen kann. Es ist offensichtlich, dass wir das gleiche Prozedere auch für den **Nachtragshaushalt** des Landes Schleswig-Holstein durchführen müssen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ein Quatsch!)

Denn die regionalisierte Steuerschätzung ergibt auch für Schleswig-Holstein katastrophale Zahlen. Insgesamt werden uns in diesem Jahr im Verhältnis zur Steuerschätzung im Mai, die auch schon Steuermindereinnahmen prognostizierte, noch einmal 282 Millionen € fehlen und nächstes Jahr sieht die Lage nicht besser aus.

(Rainer Wiegard [CDU]: Das sind ja Neuigkeiten!)

Was das für die angespannte Haushaltslage des Landes bedeutet, wissen wir alle.

Der SSW vertritt die Auffassung, dass wir uns kurzfristig nicht aus dieser Lage herausparen können. Einsparungen in dieser Größenordnung zerstören mehr, als dass sie etwas bringen. Deshalb unterstützen wir die Landesregierung in ihrem Bestreben, das Haushaltsloch für 2002

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Zu stopfen!)

durch weitere **Kredite** zu finanzieren. Ich glaube, es ist ehrlich, wenn man das hier öffentlich sagt.

Den Haushalt für 2003 muss man sich noch einmal genau ansehen darauf, ob es weitere Sparmöglichkeiten gibt. Allerdings warnen wir davor, weitere Investitionen zu kürzen. Schon der Haushaltsentwurf 2003 hat ja eine unglaublich niedrige Investitionsquote. Gerade in dieser wirtschaftlich angespannten Lage sind Kürzungen im investiven Bereich kontraproduktiv.

Aber auch, wenn wir die konsumptiven Ausgaben ansehen, kann man sagen, dass wir am Ende der Sparmöglichkeiten angekommen sind. Die strukturellen Haushaltsprobleme sind eindeutig konjunkturabhängig.

(Zuruf von der CDU: Bitte?)

Dennoch sind wir der Auffassung, dass der Haushalt in jedem Fall noch in diesem Jahr beschlossen werden muss. Denn wenn wir bis zum Januar oder Februar warten würden, träfe das insbesondere die Kommunen, die von Landeszuschüssen abhängig sind.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Dummes Zeug!)

Da auch die Kommunen von der neuen Steuerschätzung stark betroffen sind, sollten wir sie nicht noch zusätzlich belasten.

Sollte der Haushalt 2003 nur verfassungskonform beschlossen werden können, indem man für jedes Ministerium eine bestimmte Summe von globalen Minderausgaben festsetzt, muss auf jeden Fall eine angemessene Beteiligung des Landtages im Haushaltsvollzug gesichert werden. Besser und ehrlicher wäre es allerdings, auch für 2003 den „finanziellen Notstand“ zu erklären, damit von solchen globalen Minderausgaben abgesehen werden kann.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies entspricht auch eher dem Selbstverständnis eines Parlaments. Auf jeden Fall lässt sich feststellen, dass wir derzeit nicht in der Lage sind, die finanziellen Probleme selbstständig zu lösen. Die Einflüsse von außen sind zu groß. Deshalb müssen wir die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts feststellen und so den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenken - ob wir das nun gut finden oder nicht.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Finanzminister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst zu Ihrer, wie ich meine, peinlich kleinkarierten Äußerung zur Reise der Ministerpräsidentin mit einer Wirtschaftsdelegation.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Als sie in Amerika war und die Möglichkeit genutzt hat, sich für Motorola zu verwenden,

(Holger Astrup [SPD]: Da war das richtig!)

da war das gut. Ich sage Ihnen: Wenn nur die beiden Vereinbarungen mit einer Lübecker und einer Husumer Firma zustande kommen über einen Exportauftrag von Windkraftanlagen, dann war und ist diese Reise ein Erfolg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lars Harms [SSW]: Ausgezeichnet!)

(Minister Claus Möller)

Zur Redlichkeit in der Politik. Herr Garg, es ist starker Tobak, wenn Sie behaupten, ich hätte hier gelogen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Natürlich!)

Ich will zur Redlichkeit in der Politik nur eines sagen. Ich habe hier im Landtag und öffentlich immer wieder gesagt: In Zeiten eines geringen **Wirtschaftswachstums** ist es eine Quadratur des Kreises, wenn man gleichzeitig Steuern senken, Haushalte konsolidieren und mehr Geld für Bildung, Infrastruktur und innere Sicherheit ausgeben will. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie, die FDP, hat die Öffentlichkeit belogen, indem sie den Leuten vorgegaukelt hat, man könne noch ein Steuersenkungspaket in der Größenordnung von 90 Milliarden finanzieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Quittung ist jetzt die Steuerschätzung. Meine Damen und Herren, wenn Herr Garg sein 18 % Trauma verdaut hat

(Martin Kayenburg [CDU]: Reden Sie doch mal zur Sache!)

- ich komme darauf -

(Lachen bei der SPD)

und der Pulverdampf der Bundestagswahl und der nächsten Landtagswahlen vorbei ist,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So lange wollen sie warten?)

werden alle erkennen,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist nicht zu fassen!)

dass die Dramatik des Haushaltsdefizits in diesem Jahr nicht nur ein Problem des Bundes ist; es ist auch ein Problem der Länder und der Gemeinden, unabhängig von Mehrheiten im Bundesrat und im Bundestag. Daran führt überhaupt nichts vorbei.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Ich will hier ganz deutlich anmahnen, dass das eine gesamtstaatliche Aufgabe ist.

Ich komme noch zu einem anderen Punkt. Natürlich ist es richtig, in dieser Situation nicht nur auf die Einnahmen zu schießen, sondern auch die Ausgaben zu betrachten. Der Bund ist natürlich in der Verant-

wortung, dass wir in unserem **Sozialversicherungssystem** - bei Gesundheit, Arbeit und Renten - zu vernünftigen Reformen kommen. Hier ist die Bundesregierung gefordert. Aber auch Sie sind gefordert, sich dem nicht zu verweigern.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind in Bund und Ländern verpflichtet, über Leistungsgesetze und Subventionsabbau nachzudenken und auch zu handeln. Aber bitte nicht nur die Lippen spitzen, sondern auch pfeifen!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Aber Sie regieren doch!)

Die Tonnagesteuer lässt grüßen.

Wir brauchen - daran führt kein Weg vorbei - im Land und in den Gemeinden eine effiziente Verwaltung. Wir müssen in der Frage der Strukturreform vorankommen.

(Klaus Schlie [CDU]: Dann macht mal konkrete Vorschläge! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Seit Jahren diese Luftblasen!)

Der letzte Punkt ist auch vor dem Hintergrund der gestrigen Demonstration zu sehen. Sie kennen die Problemböcke in unserem Haushalt. Das sind die Zinsen, das sind die **Personalkosten**. Ich denke, wir kommen bei den Tarifverhandlungen und bei anderen Verhandlungen nicht umhin, auch über die Struktur des öffentlichen Dienstes nachzudenken.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee! Das erzählen wir Ihnen seit Jahren!)

Wir müssen in diesen Bereichen auch zu Absenkungen kommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer blockiert immer? - Martin Kayenburg [CDU]: Die Grünen! Das ist nicht neu! - Heiterkeit bei der CDU)

Das zum Ausgabenbereich. Hier gibt es kein Wenn und Aber. Ich höre Sie schon, wenn Sie im Nachtrag die Nachschiebeliste bekommen, was Sie zu den Kürzungsvorschlägen sagen werden.

Aber, meine Damen und Herren, vor diesem Gesamthintergrund sage ich auch: Wir brauchen eine ehrlichere Diskussion über die Aufgaben des Staates, über

(Minister Claus Möller)

die Staatsquote, über Abgabenlast und über Steuerquote.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben die bisher verweigert! Nackter Hohn, was Sie da machen!)

- Freuen Sie sich nicht zu früh! Hören Sie einmal zu!

Die wesentlichen Verluste nach der jetzigen Steuerschätzung liegen erneut bei der **Körperschaftsteuer**. Wir müssen über die Unternehmensteuerreform reden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben die falsche Reform gemacht!)

Wir müssen natürlich das Wachstum steigern, damit die Lohnsteuereinnahmen wieder steigen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie und Frau Simonis haben zugestimmt!)

- Nun regen Sie sich nicht auf! Sie haben vor der Wahl gesagt, die Unternehmensteuerreform müsse revidiert werden.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Minister.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Jetzt, wo Vorschläge auf dem Tisch liegen, haben Sie plötzlich Angst vor Ihrer eigenen Courage, wir nicht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Kommen Sie mit Konzepten oder wir? - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe.

Herr Minister, in der Aktuellen Stunde hält sich die Landesregierung auch an die vereinbarte Redezeit von fünf Minuten. Sie haben vorhin um drei Minuten überzogen und jetzt um 45 Sekunden. Ich bitte Sie, Ihren letzten Satz zu bilden.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Deshalb

(Heinz Maurus [CDU]: Komme ich zum Schluss!)

müssen wir auch über die Struktur der Steuern reden.

(Klaus Schlie [CDU]: Vorschläge! - Martin Kayenburg [CDU]: Wir sind bereit!)

Das ist der Punkt. Insgesamt ist die Steuerquote nämlich gesunken. Aber wir müssen über direkte und indirekte Steuern sprechen.

(Klaus Schlie [CDU]: Dann mal los!)

Wir müssen auch die Frage diskutieren, warum wir die niedrigste Kapitalbesteuerung von allen Industriestaaten haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb muss das Thema Erbschaftsteuer und Vermögensteuer auf die Tagesordnung.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf darum bitten, dass Sie Ihren letzten Satz bilden, Herr Minister. Sie haben 1:30 Minuten überzogen. Wir haben eine Gesamtredzeit von 60 Minuten. Was Sie länger sprechen, wird anderen Rednern abgezogen.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Garg, ich bleibe dabei: In dieser Situation bedarf es mehr Gemeinsamkeit aller politischen Gruppierungen, auch hier im Landtag.

(Martin Kayenburg [CDU]: Welch eine Hilflosigkeit!)

Ich freue mich, dass sich gestern alle 16 Finanzminister auf ein gemeinsames Paket verständigt haben, das sie in das Gesetzgebungsverfahren einbringen werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Geschäftsordnung für den Ablauf einer Aktuellen Stunde eine eindeutige Regelung vorsieht. Die Gesamtdauer ist auf 60 Minuten festgelegt, ein Redebeitrag auf fünf Minuten.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 90 Minuten! - Martin Kayenburg [CDU]: 60 bei einem, 90 bei zwei Themen! Gucken Sie in die Geschäftsordnung!)

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Kollege Wiegard.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie hier von Rednern der Regierungsfractionen ungetrübt von jeder Sachkenntnis

(Beifall bei der CDU)

über konjunkturelle und außenwirtschaftliche Zusammenhänge geschwätzt wird, das treibt einem evangelischen Realschüler mit Schuhgröße 43 die Zornesröte auf die Stirn.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wenn Sie meinen, für die **Steuereinnahmen** des Landes Schleswig-Holstein sei die Außenwirtschaft maßgebend, dann nehmen Sie die Information des Statistischen Landesamtes von dieser Woche zur Kenntnis: Zuwachs des Auslandsumsatzes in diesem Jahr Monat für Monat um 8,9 %, Zuwachs der Auftragseingänge ausgewählter Wirtschaftsbereiche aus dem Ausland Monat für Monat von 27,4 %. Der Finanzminister müsste Schaufelbagger anschaffen, um die Steuereinnahmen im Finanzministerium umzulaufen, wenn das stimmt, was Sie hier erzählen. Aber Sie erzählen das Falsche.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat ökonomisch nichts verstanden, Herr Wiegard?)

Aber zuerst, Herr Möller, will ich Ihnen persönlich sagen, dass ich mich sehr freue, dass Sie heute hier sind und dass Sie trotz der angespannten Lage, für die ich aus Ihrer Sicht durchaus Verständnis habe, recht guten Mutes hier sitzen. Denn ich habe mir ernsthafte Sorgen um Sie gemacht, als ich in einer schleswig-holsteinischen Zeitung die Überschrift las: Kieler Bankrotteur auf der Flucht.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Millionensumme verschwunden. - Herr Möller, ich bitte um Vergebung: Mein erster Gedanke galt Ihnen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine erste Frage war: Wo ist Claus Möller? Ist der Finanzminister etwa abgehauen, seiner Chefin hinterhergereist? Hat er möglicherweise die 400 Millionen €, die an Körperschaftsteuer fehlen, mitgehen lassen?

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Es ist gut, dass Sie da sind, weil wir dann die Auseinandersetzung mit dem Hauptverantwortlichen führen

können, weil die Hauptverantwortliche im Augenblick in der Tat nicht da ist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So stellt sich die CDU das vor!)

Wo ist eigentlich die Neuigkeit Ihrer heutigen Nachricht, Herr Möller? Als Sie vor einem Jahr einen Haushalt mit einer Steigerung der Steuereinnahmen um 10 % hier vorgelegt haben, habe ich Ihnen das vorgehalten. Das Hohngelächter Ihrer Genossinnen und Genossen hat mich begleitet. Ich habe damals schon bezweifelt, dass das so geht.

Nun haben wir heute nach den Prognosen von gestern und vom Mai einen Steuerrückgang gegenüber den Planansätzen von 400 Millionen €. Präzise das ist das Loch, Herr Möller, von dem Sie in den letzten Tagen verkünden, dass es auf den Rückgang der **Körperschaftsteuer** zurückzuführen sei. Die gesamten Steuerausfälle in Schleswig-Holstein gehen allein auf den Rückgang bei der Körperschaftsteuer zurück. Im Jahre 2001 hatten wir ein Minus von 100 Millionen €.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil die Gewinne eingebrochen sind, Herr Wiegard! Das ist Ökonomie!)

Für das nächste Jahr haben Sie das fortgeschrieben. Sie haben zwar einen leichten Rückgang der Steuereinnahmen in Ihrem Haushalt auf der Basis der Zahlen von 2002 in Höhe von 158 Millionen € prognostiziert, aber allein 170 Millionen € Rückgang bei der Körperschaftsteuer. Sie schreiben das Problem einfach nur fort.

Nur vergessen Sie dabei mitzuteilen, Herr Möller, dass das nicht wie der Heilige Geist über uns gekommen ist, sondern das ist bewirkt. Das ist das Ergebnis von Politik. Das ist das Ergebnis Ihrer miserablen Politik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist ein hausgemachtes Problem, das dadurch verursacht ist, dass Sie der Steuerreform zugestimmt haben, obwohl alle Sie gewarnt haben. Ich zitiere Professor Kirchhof vom Jahresbeginn 2001, als wir die ersten Auswirkungen auf die Körperschaftsteuer kannten: Die Auswirkung der Reform auf die öffentlichen Haushalte hinsichtlich der Körperschaftsteuer ist in der Steuerwissenschaft trefflich analysiert und auch zahlenmäßig quantifiziert worden. Das ist die Aussage von vor einem Jahr.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Ihren Leuten war das noch zu wenig! Es ist unglaublich, was Sie da erzählen!)

(Rainer Wiegard)

Ebenfalls vor einem Jahr hat sich Claus Möller die Frage gestellt, ob der Bundesfinanzminister die Steuergestaltungsspielräume der Unternehmen nicht unterschätzt hat. Das ist eine nette Auskunft, Herr Möller. Nur, Sie haben diesen Plänen im Bundesrat zugestimmt, entgegen unserer Empfehlung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Möller klagte in einem Interview am Jahresanfang, die Ländervertreter hätten vor zwei Jahren bei den Beratungen mit dem Bund auf die Risiken der Reform hingewiesen. Herr Möller, ich frage Sie heute: Was haben Sie in der Zwischenzeit eigentlich unternommen, nachdem Sie Anfang des Jahres den Schaden schon kannten, um das zu verändern? Wo ist Ihre politische Verantwortung? Wo ist Ihre persönliche Verantwortung in diesem Zusammenhang?

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Problem des Steuerrückgangs in Schleswig-Holstein ist hausgemacht, ist von dieser Regierung zu verantworten, weil sie dem Steueränderungsgesetz zugestimmt hat. Es ist allein ein Problem der Körperschaftsteuer. Es ist unredlich und es ist gesamtpolitisch auch eine Katastrophe, dass Sie diesen Fehler, den Sie selber verursacht haben, für den Sie verantwortlich sind, auf eine konjunkturelle Entwicklung schieben und damit dem ganzen Land, den Menschen, den Unternehmen signalisieren: Bloß nicht investieren, bloß keine neuen Mitarbeiter einstellen! Das ist genau der falsche Weg, den Sie gehen. Sie lenken nur von Ihren Fehlern ab.

(Beifall bei CDU und FDP - Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zu meinem letzten Satz, Herr Präsident. - Wenn die jetzigen Zahlen berücksichtigt werden, haben wir im Jahre 2003 auf der Grundlage der Haushaltsplanaufstellung die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten in Schleswig-Holstein.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben die Zahlen nicht einmal gelesen!)

Da Sie heute die Presse vor dem Parlament informiert haben, habe ich die Gelegenheit nicht gehabt, das nachzurechnen. Nach meinen Berechnungen von gestern haben wir etwa 5,6 Milliarden € im nächsten Jahr. Das sind die höchsten Steuereinnahmen. Sie können nur nicht damit umgehen, Herr Möller. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die SPD erteile ich jetzt dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Lothar Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat vonseiten der Opposition recht kräftige Worte gegeben. Es wurden Begriffe gewählt, die ich aus meiner Sicht in dieser Situation für nicht angemessen halte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Wiegard, ich glaube, es gibt für Sie einen gewissen Nachhilfebedarf, was den Zusammenhang von Export, Steuern und Steuereinnahmen des Landes betrifft. Aber das kann sicherlich im Finanzausschuss noch nachgeholt werden.

(Roswitha Strauß [CDU]: Sie haben das nicht verstanden!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann mich noch gut an Vorschläge beider Oppositionsfraktionen im Bundestag erinnern. Ich glaube, das haben meine Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite des Hauses inzwischen vergessen. Das waren Vorschläge für weitere Steuersenkungen. Das waren Vorschläge für Ausgabensteigerungen. An diesen Vorstellungen müssen wir Sie heute messen. Das haben Sie damals im Bundestagswahlkampf wider besseres Wissen gefordert. Wir müssen den Bürgern dieses Landes erklären, wie Ihre Position ist. Bis jetzt sind von Ihrer Seite keine konkreten Vorschläge gekommen, wie der **Haushalt** für 2003 realisiert werden kann. Das werden wir demnächst sehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun regen Sie sich nicht auf. Wir haben Gott sei Dank von Ihnen heute zwei Punkte bekommen. Wir werden beim nächsten Tagesordnungspunkt zum Thema **Beamte** diskutieren.

(Klaus Schlie [CDU]: Ja, ein Glück!)

Die FDP lehnt alles ab, die CDU lehnt ab bis auf - das ist der Oberbegriff - die Flexibilisierung des Beamtenrechts.

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig! Da müssen Sie weitermachen!)

(Lothar Hay)

Dann will ich von Ihnen konkret hören, was Sie darunter verstehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW- Klaus Schlie [CDU]: Das kriegen Sie ganz konkret!)

Wir als Sozialdemokraten sagen, dass die Bundesratsinitiative der richtige Weg ist. Wir sind nicht bereit, betriebsbedingte Entlassungen mitzumachen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja!)

Und wenn es um Einkommenskürzungen geht, wie sie im Gesetzentwurf des Landes Berlin stehen,

(Klaus Schlie [CDU]: Sie müssen hier Ihre Hausaufgaben machen!)

dann wollen wir eine sozialverträgliche Komponente dort hinein haben. Der mittlere Dienst muss von Kürzungen verschont bleiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Bei welchem Tagesordnungspunkt sind wir eigentlich? Wollen wir den nächsten Punkt jetzt auch schon diskutieren? Dann melde ich mich auch noch zu Wort!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Situation, vor der wir jetzt stehen, ist aus meiner Sicht mit den gängigen Mechanismen nicht mehr zu handhaben. Der Bund sieht das so für sich und Finanzminister Eichel hat das **wirtschaftliche Ungleichgewicht** erklärt; dies werden wir auch für Schleswig-Holstein tun müssen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das muss der Bundestag feststellen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auf einen Punkt eingehen, bei dem ich eine gewisse Gefahr sehe, die wir vielleicht auch alle so sehen. Man kann nur hoffen, dass die Steuerschätzer nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahre nicht erneut eine Neigung entwickeln, die **Steuereinnahmen** für 2003 auf Grundlagen von Zahlen von 2001 und 2002 unrealistisch positiv zu schätzen. Dann würde sich nämlich die Haushaltspolitik der Länder in ihrer Planbarkeit wahrscheinlich vollends verlieren. Wenn man sich nur einmal die Zahlen anguckt, dann wird das Lohnsteueraufkommen im Jahr 2002 um 0,1 % steigen, für 2003 werden 5,7 % geschätzt; die Umsatzsteuer erreicht in diesem Jahr ein Minus von 0,4 % und wird mit einer Steigerung für 2003 von 2,9 % geschätzt; die Körperschaftsteuer erwarten die Experten in einer Höhe von 850 Millionen € für dieses Jahr und 2003 nach einer Steigerung in Höhe von

6,6 Milliarden. Diese Zahlen erscheinen mir unrealistisch zu sein.

Wir sind, glaube ich, gemeinsam in der Verantwortung, deutlich zu machen, dass wir mit unrealistischen Steuerprognosen für das nächste Jahr nächstes Jahr in eine gleiche Situation hineinkommen, die wir den Menschen im Land dann einfach nur schwer erklären können.

Deshalb rufe ich auf: Wir brauchen verlässliche Prognosen! Darauf können wir eine verlässliche Politik machen. Dazu gehört die Ehrlichkeit, den Menschen in den nächsten Wochen zu sagen, wo es zu weiteren **Kürzungen** kommen wird - bei Zuwendungen an Vereine und Verbände, in Bereichen, in denen wir eventuell Abbau von Leistungen vornehmen müssen. Das erwartet man in dieser Situation: Konkrete Vorschläge!

Die SPD-Fraktion wird dies gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner vorlegen. Wir erwarten Ihre Vorschläge im Dezember und dann werden wir diese Vorschläge - wie in der Vergangenheit, Herr Garg - auf ihre Realisierbarkeit und die Frage prüfen, wie wir sie umsetzen können. Das ist der Weg, den wir Sozialdemokraten in diesem Land gehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der FDP erhält jetzt Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In der Tat: Der Vorwurf, Herr Minister, die Unwahrheit zu sagen, das ist starker Tobak. Aber ich frage Sie jetzt: Haben sämtliche Spitzenvertreter Ihrer Partei - sowohl hier im Land Schleswig-Holstein als auch im Bund - abgestritten, dass Deutschland das Maastricht-Kriterium, das Defizitkriterium, reißt oder nicht? Haben Sie es vor der Wahl abgestritten - ja oder nein? - Ja, Sie haben es abgestritten. Auf die Frage, ob Sie das Kriterium reißen, haben Sie da gesagt, ja, wir reißen es? - Nein, das haben Sie nicht! Sie haben also die Unwahrheit gesagt. Das darf man an dieser Stelle hoffentlich auch noch einmal feststellen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zweitens. Ich wundere mich ja schon ein wenig, dass sich die Vertreter der Regierungsfractionen - Herr Hentschel hat das getan, Herr Hay hat das getan, Sie

(Dr. Heiner Garg)

haben das auch getan, Herr Finanzminister - ständig den Kopf über die Wahlversprechen der Opposition zerbrechen, die nicht in Regierungsverantwortung gewählt wurde, zu Recht - wie Sie glauben - nicht in Regierungsverantwortung gewählt wurde.

(Zurufe von der SPD)

Zerbrechen Sie sich doch einmal den Kopf über Ihre Wahlversprechen, die Sie täglich brechen!

(Beifall bei FDP und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir weisen nur darauf hin, was Sie versprochen haben!)

- Lieber Herr Kollege Hentschel, ich leide weder unter einem Trauma noch muss ich mich irgendwie regenerieren. Mir geht es ausgezeichnet. Ich freue mich, dass Sie mein Gesundheitszustand so interessiert.

Ich will Ihnen ganz deutlich eines sagen: Auch der Fraktionsvorsitzende der SPD, Lothar Hay, wird sich entscheiden müssen, wofür er hier eigentlich steht. Ihr eigener Generalsekretär, Ihr neu gewählter Generalsekretär Olaf Scholz, hat heute Morgen im ZDF-Frühstücksfernsehen zu den Vorstellungen, die im CDU-Wahlprogramm und im FDP-Wahlprogramm stehen, gesagt: CDU und FDP wollen es den Armen nehmen, den Rentnern nehmen, den Kranken nehmen. Wir wollen es also offensichtlich überall wegnehmen.

Jetzt müssen Sie sich entscheiden: Wollen wir es überall wegnehmen oder versprechen wir der ganzen Republik nur Wohltaten? Es kann ja wohl nur eines richtig sein.

(Klaus Schlie [CDU]: Die schnacken, wie sie gerade wollen!)

- Ja.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Möller, seit Jahren verbreiten Sie von dieser Stelle aus nichts als Luftblasen. Ich will Sie jetzt einmal ganz konkret fragen - vielleicht bekommen wir irgendwann einmal eine Antwort darauf -: Sie sind seit neun Jahren in diesem Land Finanzminister. Wann gedenken Sie eigentlich Ihre segensreichen Gedanken, die Sie ja halbjährlich vortragen, auch tatsächlich einmal in die Tat umzusetzen?

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Wann eigentlich, wenn Sie schon neun Jahre Zeit dazu hatten?

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Da war ich wirklich für einen Moment sprachlos und das kommt nicht allzu oft vor.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja, das stimmt!)

Jetzt sagt er hier: 2005. Ja, Herr Möller, 2005 ist es für Sie zu spät. Dann sind Sie kein Finanzminister mehr.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Jetzt noch ein abschließender Satz, weil das hier ständig gefordert wird und wir nachher auch darüber reden! Sie sprechen ständig von **Strukturenreformen** im öffentlichen Dienst. Ich frage Sie jetzt ganz ernsthaft, weil mir diese Debatte wirklich langsam stinkt und weil diese Debatte genauso im Bund bei der Strukturreform im Gesundheitswesen geführt wird: Wenn für Sozialdemokraten und Grüne „Strukturreform“ bedeutet, den jetzt Arbeitenden einfach Geld wegzunehmen, dann ist das nach meinem Verständnis keine Strukturreform, dann hat das nach meinem Verständnis mit der Fürsorgepflicht, die der Staat gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten hat, nicht das Geringste zu tun.

(Zuruf der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Abzocken, Streichen, so wie Sie das bei den Berufen im Gesundheitswesen vorhaben und offensichtlich auch bei den Beamtinnen und Beamten, das hat mit Strukturen mitnichten das Geringste zu tun.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich! Wo ist Ihre Ehrlichkeit?)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU bearbeitet hier noch ihr Trauma der schwarzen Koffer und ich finde es schon dreist,

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! - Martin Kayenburg [CDU]: So etwas Albernes!)

wenn die CDU hier das Bild eines Finanzministers einbringt, der das Geld in Koffern außer Landes trägt. So nicht!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Monika Heinold)

Es macht aber auch deutlich, welches Bild die CDU von der Landeskasse hat; sie geht nämlich davon aus, der Finanzminister hat ja das Geld, er schafft nur nicht, es dort einzusetzen, wo man es denn braucht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hat er noch nie geschafft! - Heinz Maurus [CDU]: Lenken Sie doch nicht von Ihrem Versagen ab!)

Aber im Prinzip sei genügend Geld da. So Ihr Bild.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich sage bei Ihnen nur eines: Obrigheim!)

Da schließt sich ja dann auch der Kreis mit Ihren Haushaltsanträgen 2002 - ich nenne nur einmal ein paar Zahlen -: Hochschulen plus 6 Millionen, GAKüstenschutz plus 25 Millionen, Landeserziehungsgeld plus 20 Millionen, Landesblindengeld plus 2,5 Millionen und so weiter.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Und wie wollte die CDU das decken? - Mit neuen globalen Minderausgaben, 40 Millionen global sächliche Verwaltungsausgaben, 10 Millionen global Personalausgaben!

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben offenbar wieder nicht richtig gelesen!)

- Sie wissen gar nicht mehr, was Sie damals aufgeschrieben haben; sonst würden Sie ja hier nicht mit dem Kopf schütteln!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Holger Astrup [SPD]: Alles nachlesbar!)

Schauen Sie in Ihre **Haushaltsanträge!**

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben noch nicht gemerkt, dass wir hier über den Landeshaushalt reden und nicht über unsere Vorschläge! Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen!)

Und dann noch einmal 10 Millionen bei der Sozialhilfe, als gäbe es an der Stelle keinen gesetzlichen Leistungsanspruch.

Noch eines zu Herrn Wiegard: Herr Wiegard, nehmen Sie doch zumindest die Zahlen zur Kenntnis. Es ist bekannt, dass ein Drittel der **Steuerausfälle** aufgrund des konjunkturellen Einbruchs da sind, ein Drittel der Steuerausfälle durch eine Steuergesetzgebung, bei der Sie weit mehr wollten, und das letzte Drittel sind alte Abschreibungen aus CDU-Zeiten,

(Martin Kayenburg [CDU]: Rechnen können Sie auch nicht!)

die die Großunternehmen jetzt geltend machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Herr Wiegard, Sie können ja nicht einmal die neuen Zahlen lesen. Der Finanzminister hat uns doch heute eine Tabelle vorgelegt und daraus wird deutlich, dass wir im Jahr 2003 circa 200 Millionen € weniger haben als im Jahr 2000,

(Martin Kayenburg [CDU]: Welche Tabelle? Welche Tabelle denn?)

wenn man noch die Hochwassergeschichte gegenrechnet. Wie können Sie sich dann noch hier hinstellen und sagen, wir würden 2003 die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten erwarten? Sie haben überhaupt keinen Überblick über das, was in der Landeskasse los ist.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann will ich Ihnen noch eines sagen: Schauen Sie sich die Zahlen aus den 80er-Jahren an, in denen Sie regiert haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach, Frau Heinold! - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

In der Höhe der Nettoneuverschuldung lagen Sie genau bei der Größenordnung, die wir heute haben. Sie haben jährlich circa 500 Millionen € mehr an Schulden aufgenommen, obwohl das Geld damals noch mehr wert war.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es schade, dass wir heute in dieser schwierigen Situation wieder Links/rechts-Muster stricken. Ich hatte eigentlich eine deutlich andere Rede und will jetzt zumindest noch ein paar Punkte zu der schwierigen Lage sagen, die wir in den Ländern und in den Kommunen haben. - Der Bund - so sage ich einmal - hat selbst Schuld. Ich sage das jetzt auch einmal in der Form. Ich ärgere mich maßlos - das will ich auch sehr deutlich sagen - über die Steuergesetzgebung in Berlin. Die Steuereinnahmen sinken auch deshalb, weil die **Körperschaftsteuer** in ihrer Größenordnung zu einem Taschengeld verkommen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr richtig! - Zurufe von der CDU)

Das ist in Verantwortung von Rot-Grün so. Das war

(Monika Heinold)

ein Fehler. Ich erwarte hier eine deutliche Nachbesserung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW sowie des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Im Koalitionsvertrag steht jetzt, dass es eine Art Mindestbesteuerung geben soll, damit Gewinne auch tatsächlich besteuert werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was darin steht, gilt doch sowieso nicht!)

Ich hoffe, dass dies umgesetzt wird, und ich erwarte auch, dass die Beteiligungsveräußerungsgewinne bei den Kapitalgesellschaften wieder besteuert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich erwarte außerdem, dass es zu einer deutlichen Senkung der **Lohnnebenkosten** kommt, so wie es sich die Arbeitsgruppe ja jetzt im Zusammenhang mit der Rentendiskussion vorgenommen hat.

(Zuruf von der FDP)

- Herr Garg, sie steigt; ich bin sehr unzufrieden. - Mehr als mich hier hinzustellen und für meine Fraktion zu sagen, es sind Fehler gemacht worden, wir haben noch nicht die richtigen Schritte in Berlin eingeleitet und meine Fraktion steht hier im Dialog mit den Berlinern, das rückgängig zu machen, kann ich hier nicht tun.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von CDU und FDP - Martin Kayenburg [CDU]: Ich wünsche Ihnen viel Erfolg!)

Ich hätte mir zu anderen Zeiten gewünscht, dass auch die FDP an dieser Stelle einmal sehr kritisch mit ihrer eigenen Regierung gewesen wäre;

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

denn als ich hier 1996 angefangen habe Finanzpolitik zu machen und die Steuereinnahmen zurückgingen, haben Sie alles das, was in Berlin war, einfach nur gelobt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Stimmt doch gar nicht!)

Das tue ich nicht. Ich erwarte Verbesserungen.

Ich muss leider zum Schluss kommen - das ist sehr schade -, aber wir können ja woanders weiter diskutieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aktuelle Stunde zum Thema Auswirkungen der Novembersteuerschätzung auf die Finanzen des Landes Schleswig-Holstein ist geschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 a auf:

Bundesratsinitiative des Landes Berlin zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/2250

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/2261

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/2260

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Wenn das nicht der Fall ist, eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die Antragsteller des Ursprungsantrages, für die FDP, hat Herr Abgeordneter Günther Hildebrand.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute ist der Tag, an dem Farbe bekannt wird. Wir wollen wissen, wo Sie alle in der Frage der Solidarität mit den Beamtinnen und Beamten des Landes stehen.

Die schleswig-holsteinischen Beamtinnen und **Beamten** haben nämlich das Vertrauen in diese Landesregierung verloren. Als sichtbarer Beweis dafür demonstrierten gestern zirka 10.000 Polizeibeamte und Lehrer vor dem Landeshaus. Einer der dabei zu hörenden massivsten Vorwürfe war, dass wir Parlamentarier uns die Diäten erhöhen, während die Ministerpräsidentin Kürzungen im öffentlichen Dienst, nämlich bei der **Besoldung**, plant.

Die FDP war diesbezüglich der falsche Adressat; denn wir sind gegen die Kürzung der Bezüge.

(Beifall bei der FDP)

Wir verstehen nicht, warum die Landesbediensteten die mittlerweile Jahrzehnte andauernde finanzpolitische Misswirtschaft dieser Landesregierung ausbaden sollen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie von der Diätenerhöhung?)

(Günther Hildebrand)

Dabei hat die Landesregierung in den letzten Jahren unter anderem im Bereich der **Personalkosten** Geld förmlich verbrannt. Frau Simonis „Entbeamtungswelle“ bei den Lehrerinnen und Lehrern kostet 320 Millionen DM. Als letzten Gruß dieser Entbeamtungszeit gab es dann das 35-Millionen-DM-Loch aufgrund von Rechenfehlern im Bildungsministerium bei der Wiederverbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer.

Die Landesregierung hat Gelder, die den Beamten zustanden, entgegen vorheriger Vereinbarungen mit dem Deutschen Beamtenbund einfach vereinnahmt und ausgegeben. So wurden im letzten Jahr 3,2 Millionen €, die das Pensionsmodell seit 1997 eingebracht hatte, von der Landesregierung ohne Absprache mit dem Deutschen Beamtenbund mal eben ausgegeben. Dieses Geld war für die Weiterbildung und für die Schaffung neuer Stellen gedacht. Was ist mit diesem Geld geschehen?

(Günter Neugebauer [SPD]: Haben Sie eigentlich die Debatte verfolgt?)

Die Zeche sollen nun die Beamtinnen und Beamten zahlen, indem sie auf bis zu ein Sechstel ihrer Bezüge verzichten. Voller Zorn nahmen die Beamtenverbände diese Pläne zur Kenntnis. Realität werden diese Pläne aber erst durch die Initiative des Bundeslandes Berlin unter der aktiven Mithilfe unserer Ministerpräsidentin im Bundesrat. Dort sollen Öffnungsklauseln Folgendes möglich machen: erstens den vollständigen Abzug beziehungsweise teilweisen Verzicht oder das zeitlich unterschiedliche Inkraftsetzen von Besoldungsanpassungen, zweitens die Reduzierung des Weihnachtsgeldes und drittens den Verzicht auf die Gewährung von Urlaubsgeld.

Grundsätzlich sind wir als FDP immer für Öffnungsklauseln; jedoch den Bereich der gewerblichen Wirtschaft betreffend, um so für mehr Wettbewerbsfähigkeit und -gerechtigkeit zu sorgen. Öffnungsklauseln im Bereich des öffentlichen Dienstes jedoch hat es bisher nicht gegeben; sie sind dort auch nicht angebracht. Wir wollen nämlich keine Zwei-Klassen-Verwaltung, in der die qualifizierteren Beamten in den finanziell besser gestellten Ländern ihren Dienst verrichten.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Zur **Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse** gehört auch ein gewisser gleicher Standard der Qualität der behördlichen Dienstleistungen. So warnt auch der Richterbund vor einer Zwei-Klassen-Justiz, weil die besten Juristen natürlich dorthin gehen werden, wo sie die bessere Besoldung erwartet.

Auch die Gewerkschaft der Polizei ist empört - und das zu Recht. Gerade die Polizeibeamten wurden in der Vergangenheit oft gebeutelt. Immer neuen Aufgaben standen immer größere Einschnitte beim Personal gegenüber. Erst durch die Schily-Pakete nach den Anschlägen in New York wurde kurzzeitig eine Verbesserung der Situation erreicht. Dann wurde es ruhiger um den 11. September und ruhiger wurden auch die Aktivitäten der Landesregierung für die Polizei.

Mittlerweile haben sich Beförderungsstaus bei insgesamt 689 Beamten in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 11 entwickelt. Für den Überstundenabbau oder entsprechende Entschädigungen für Überstunden wird wenig getan. Dabei wissen wir alle, was wir unseren Polizistinnen und Polizisten schuldig sind.

Wir wollen eine klare Aussage des Parlaments. Die SPD-Fraktion hat schon gestern bewiesen, dass ihr Gerede vom sozialen Gewissen offensichtlich inhaltsleer ist. Wenn es darauf ankommt, kneift die Fraktion vor der übermächtigen Ministerpräsidentin.

(Lachen bei der SPD)

Wo bleibt da Ihr Gewissen als Parlamentarier?

Nun liegt es also an den Grünen, unseren Beamtinnen und Beamten im Land wieder Hoffnung zu geben. Wenn Sie es ernst meinen mit Ihrer Solidarität mit diesem Land, dürfen Sie diesen Irrweg der Ministerpräsidentin nicht unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Aber Herr Hentschel hat schon beim letzten Tagesordnungspunkt deutlich gemacht, dass er lieber den Beamten die Bezüge kürzt, als von seiner Grünen-Klientel-Bedienung Abstand zu nehmen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [FDP])

Meine Damen und Herren, setzen Sie hier ein Zeichen der Solidarität mit den Beamtinnen und Beamten und stimmen Sie unserem Antrag zu! Tun Sie dies nicht, ist das der sichtbare Beweis dafür, dass auch die Grünen nur Sonntagsredner sind, wenn es um die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Beschäftigten geht. Wir fordern jetzt und hier ein klares Bekenntnis zur Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Beschäftigten.

Zum Ablauf: Wir schließen uns dem CDU-Antrag an, sodass es ein gemeinsamer Antrag von CDU und FDP wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Abgeordneter Klaus-Peter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Erinnerung an die Aktuelle Stunde und die Diskussion möchte ich die Antragsteller von FDP und CDU zunächst daran erinnern, dass wir uns doch eigentlich einig darin sind, dass angesichts der schwierigen **Haushaltsslage** des Landes gespart werden muss. Davon können wir keinen haushaltsrelevanten Bereich ausnehmen.

Der **Personalhaushalt** umfasst 40 % unseres Landeshaushalts.

(Rainer Wiegard [CDU]: Mit dem Haushalt sind wir ja auch einverstanden!)

Wenn es Möglichkeiten gibt, durch Verwaltungsmodernisierung und -umstrukturierung auch im Bereich des öffentlichen Dienstes Einsparungen zu erzielen, dann sollten wir diese gemeinsam nutzen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU]: Ihr macht doch nichts!)

Genau diesem Ziel dient der Gesetzesantrag in Berlin. Er will Öffnungsklauseln, er will den Ländern die Möglichkeit eröffnen, in eigener landespolitischer Zuständigkeit zu entscheiden, wo Möglichkeiten der Verbesserung, auch der Umstrukturierung im Personalbereich und in den Personalhaushalten bestehen.

Die Gewerkschaften GdP und GEW haben gestern Abend vor dem Landeshaus demonstriert. Die Veranstaltung - so habe ich es empfunden; denn nicht nur Sie, Herr Schlie und Herr de Jager, wie ich es heute gelesen habe, waren draußen, sondern wir haben alle daran teilgenommen - nahm

(Klaus Schlie [CDU]: Ich war etwas öfter zu sehen!)

totalitäre Züge an. Damit meine ich nicht den öffentlich geäußerten Unmut der demonstrierenden Beamtinnen und Beamten, die ihr demokratisches Grundrecht wahrnahmen, sondern ich meine das „Zentralkomitee“ der Spitzenfunktionäre, das sich als Aufhänger und Einpeitscher betätigte.

(Unruhe bei CDU und FDP - Klaus Schlie [CDU]: Schönen Gruß an die Gewerkschaften!)

Meine Damen und Herren, ich habe mir ein Zettelchen gemacht. Der Vorsitzende der Bundes-GdP,

Herr Konrad Freiberg, ein Mann, den ich persönlich kenne und schätze, hat sich dazu verstiegen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes als Arbeitssklaven zu bezeichnen. Das halte ich für unzumutbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hat aufgerufen zu einem Aufstand der Ordnungshüter, er hat aufgerufen zur Aufgabe der Loyalität der Beamten und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Das ist disziplinarrechtlich relevant, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Das ist doch nicht zu fassen! Reden Sie doch nicht so einen Mist! Das kann doch nicht wahr sein!)

Das geht über die Wahrnehmung des wohlverstandenen Demonstrationsrechts hinaus!

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege Puls, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Nein, an dieser Stelle nicht, Herr Kalinka. Ich muss nämlich auf meine Zeit achten.

Die Demonstration ist schon unter falschen Voraussetzungen einberufen worden und es ist zu einer Demonstration mit den falschen Inhalten eingeladen worden.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es, sehr richtig!)

Wenn gesagt wird, die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein - das ist dem Aufruf zur **Demonstration** vom 7. November zu entnehmen - wolle mit Bürgermeister Wowereit unter der Überschrift „Öffnungsklauseln im Besoldungsrecht“ einen Antrag in den Bundesrat einbringen, ist das falsch. Es gibt keinen solchen Antrag der Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein oder der Landesregierung Schleswig-Holstein. Es gibt einen aus Berlin stammenden Antrag im Bundesrat. Falsch ist die Behauptung, zehnpromtente Kürzungen der Besoldungen und Versorgungsleistungen würden angestrebt.

(Klaus Schlie [CDU]: Mogelt euch doch nicht so billig heraus!)

(Klaus-Peter Puls)

Das ist absolut falsch, es wird überhaupt keine Kürzung angestrebt.

(Beifall bei der SPD)

Es wird die Möglichkeit angestrebt, **Besoldungsanpassungen**, also Besoldungserhöhungen, flexibel zu handhaben. Das hat mit einer Kürzung von Besoldungen nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das gibt es doch gar nicht!)

Wenn dann noch hinzugefügt wird, gleichzeitig solle die Arbeitszeit auf 42 Wochenstunden angehoben werden, ist dies ebenfalls eine Irreführung. Mir ist davon nichts bekannt, uns allen in der SPD-Fraktion ebenfalls nicht, der Ministerpräsidentin selbst wahrscheinlich auch nicht.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig! Das steht auch nicht im Gesetzentwurf!)

Die SPD-Fraktion hat in ihrer gestrigen Fraktionssitzung eine Positionsbestimmung vorgenommen, die ich Ihnen vorstellen möchte.

Erstens. Wir erkennen an, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im **öffentlichen Dienst** große Anstrengungen unternehmen, um die öffentlichen Aufgaben trotz immer knapper werdender Haushaltsmittel sach- und fachgerecht zu erledigen. Wir distanzieren uns von Äußerungen - egal, woher sie stammen -, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes pauschal abqualifizieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Die schwierige Lage der öffentlichen Haushalte macht es erforderlich, alle Maßnahmen zu erörtern, die geeignet sind, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes zu gewährleisten.

Herr Hildebrand, wenn Sie hier von Zwei-Klassen-Verwaltungen sprechen, spreche ich davon, dass wir auch den öffentlichen Dienst nicht davon ausnehmen wollen, ihn modern zu organisieren, wie es auch in der privaten Welt üblich ist. Dass es hier nicht Zwei-Klassen-Arbeitswelten gibt, Herr Kollege Hildebrand, müssen wir ebenfalls erreichen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Günther Hildebrand [FDP]: Das steht doch gar nicht zur Diskussion!)

Drittens. Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt das bundesländerübergreifende Vorhaben einer Öffnungsklausel im Bundesbesoldungsrecht zur Eröffnung länderspezifischer Entscheidungsspielräume im

Beamtenrecht als Schritt zur weiteren **Flexibilisierung des Beamtenrechts**.

Sie wollen gar nichts; das drücken Sie, Herr Kollege Kayenburg und Kollege Hildebrand, mit Ihren Anträgen aus.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie können nicht einmal lesen!)

Sie lehnen alles ab. Sie machen einen kleinen Zusatz: Wir wollen auch Flexibilisierung. - Wie, wo und in welcher Weise, sagen Sie mit keiner Silbe.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD] - Martin Kayenburg [CDU]: Bleiben Sie bei der Wahrheit! Sie wollen Flexibilisierung nach oben, haben Sie gesagt!)

Stattdessen lehnen Sie den Vorstoß aus Berlin zur Flexibilisierung ab.

Viertens. Unabhängig von den bundesrechtlichen Regelungen bleibt eine grundlegende **Reform des öffentlichen Dienstrechts** weiter erforderlich. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich konstruktiv an weiteren Debatten auf Bundesländer- und Bundesratsebene in Absprache mit der SPD-Landtagsfraktion und den Interessenverbänden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu beteiligen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Wir selbst werden unverzüglich Gesprächsangebote an die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und die Personalräte richten, um diesen Themenbereich zu erörtern.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich den Kollegen Peter Deutschland hervorheben, dessen Beitrag auf der gestrigen Demonstration sich wohlthuend von den Vorträgen anderer abhob. Er hat nämlich genau diese Verhandlungsbereitschaft weiterhin signalisiert. Selbstverständlich wollen wir mit den Gewerkschaften verhandeln.

(Beifall bei der SPD)

Bevor es zu Regelungen kommen kann, müssen wir selbstverständlich mit den Betroffenen sprechen und verhandeln.

Fünfter und letzter Punkt: An der Gesetzesvorlage des Landes Berlin kritisieren wir, dass soziale Belange lediglich in der Begründung erwähnt werden. Wir werden bei einer Umsetzung bundesrechtlicher Regelungen in Schleswig-Holstein für sozial differenzierte

(Klaus-Peter Puls)

Lösungen sorgen. Betriebsbedingte Entlassungen lehnen wir ab.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir lehnen deshalb auch alle drei Anträge, die heute auf dem Tisch des Hauses liegen, ab.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der CDU erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Klaus Schlie das Wort.

Klaus Schlie [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, verehrter Kollege Puls: Ich lehne disziplinarrechtliche Drohgebärden gegen Gewerkschafter aus dem Parlament heraus ab. Wenn Sie sich mit Leuten auseinander zu setzen haben, dann tun Sie dies, aber nutzen Sie nicht das Parlament dazu, ihnen disziplinarrechtlich zu drohen. Das halte ich für unanständig!

(Beifall bei CDU und FDP - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Schlie, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Klaus Schlie [CDU]:

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Ein Schlüssel zur Konsolidierung der Staatsfinanzen liegt im Personalbereich; das ist doch unbestritten. Wer hat denn jemals etwas anderes gesagt?

(Holger Astrup [SPD]: Die CDU!)

- Das ist Unsinn, Herr Kollege.

Wenn die Ministerpräsidentin in ihrem legendären Interview in den „Lübecker Nachrichten“ vom 31. Oktober mit der Überschrift zitiert wird „Wir können uns vieles nicht mehr leisten“, dann hat sie mit dieser Feststellung Recht. Die Frage ist nur: Weshalb können wir uns vieles nicht mehr leisten und was können wir uns nicht mehr leisten?

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg
[CDU])

Seit Jahren redet die Ministerpräsidentin von Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau. Was aber ist stattdessen unter ihrer Verantwortung geschehen?
- Ständig neue Gesetze, ständig neue Verordnungen,

neue Bürokratie, kein Mut zu einer wirklichen Strukturreform, kein struktureller Verwaltungsabbau, Personalabbau, sondern Personalvermehrung im administrativen Bereich!

(Beifall bei CDU und FDP)

Man kann sich doch nicht hier hinstellen und diejenigen ausbeuten wollen, die man vorher eingestellt hat, um rot-grüne Ideologieprojekte verwalten zu lassen. Das ist doch Schizophrenie.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Kollege Neugebauer, wenn Sie uns fragen, welche Vorschläge wir gemacht haben, um Behörden abzubauen: Wir haben Vorschläge gemacht, nur jedes Mal haben Sie aufgejault, wir wollten die staatlichen Umweltämter abschaffen. Aber ihr jault jedes Mal, wenn hier ein Antrag von uns auf dem Tisch liegt.

(Holger Astrup [SPD]: Hier wird geplaudert, draußen wird abgelehnt!)

- Je lauter Sie schreien, Herr Kollege Astrup, desto heiserer werden Sie und ich auch.

(Beifall bei CDU und FDP)

Was wir brauchen, ist nicht nur das Bewusstsein, sondern auch die politische Handlungsfähigkeit zum Strukturwandel. Reformen braucht das Land, Aufgaben müssen überprüft werden, Aufgaben müssen wegfallen, Bürokratie muss abgebaut werden. Diese Politik würde Freiräume für die dringend notwendige politische Gestaltungsfreiheit schaffen. Die ständig sich wiederholenden polemischen Schlachtrufe der Ministerpräsidentin gegen den öffentlichen Dienst und speziell gegen das Beamtentum sind nicht nur politisch unklug und demotivieren die Mitarbeiter, sondern treffen auch nicht den Kern der Effizienz- und Kostenproblematik.

(Beifall bei der CDU)

Die notwendige **Verwaltungsstrukturreform** richtet sich eben nicht gegen eine Personengruppe, sondern muss sich gegen Strukturen richten, die das Verwaltungspersonal zwingen, sich bürokratisch und inflexibel zu verhalten. Da Rot-Grün ständig neue Aufgaben definiert und keine Bürokratie abbaut, dürfen doch nicht die Bediensteten des Landes darunter leiden. Das geht doch nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die völlig konzeptionslosen, sozial unangemessenen und rechtlich zweifelhaften Forderungen der Ministerpräsidentin zum öffentlichen Dienst haben zurecht einen Proteststurm ausgelöst. Sie hat doch erst das Reizklima geschaffen, das gestern auf der Straße zu

(Klaus Schlie)

erleben war. Tun Sie doch nicht so, als wenn die Menschen dieses Klima herbeigeführt hätten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will hinzufügen, weil das redlich ist und weil das auch zur Glaubwürdigkeit gehört: Wir lehnen als CDU die einseitigen und völlig unausgewogenen Vorschläge der Ministerpräsidentin ab. Das Geringsste, was man ihr vorwerfen kann, ist die Tatsache, dass alles mal wieder so dahingeplappert wurde. Welchen Schaden Frau Simonis damit allerdings angerichtet hat, scheint ihr nicht bewusst zu sein. Wir begrüßen deshalb aber durchaus den Versuch der SPD-Landtagsfraktion, sich von den unakzeptablen Vorschlägen der Ministerpräsidentin zu distanzieren und den Gesetzentwurf des Berliner regierenden Bürgermeisters Wowerit abzulehnen. Und das ist gut so.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die CDU-Landtagsfraktion hat Verständnis dafür, dass sich aufgrund der finanziellen Situation alle Länder und der Bund Gedanken über Einsparpotenziale machen. Völlig unabhängig vom Sparzwang der Länder treten wir als CDU für eine weitere strukturelle Flexibilisierung des Dienst- und Versorgungsrechts ein. Aber das ist doch nicht der erste Schritt. Der erste Schritt müssen doch die Hausaufgaben im eigenen Lande sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke schon, Flexibilisierung ist notwendig, weil sich dies in einer ständig wandelnden Gesellschaft einfach auch dann als notwendig erweist. Wir bekennen uns zur weiteren Reform des **öffentlichen Dienst- und Versorgungsrechts**, allerdings im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Eine solche Reformaufgabe kann nur gelingen, wenn man sie mit Augenmaß und Energie zugleich betreibt. Sie kann nicht gelingen, wenn sie auf dem Rücken der Bediensteten des öffentlichen Dienstes und speziell der Beamten ausgetragen wird. Wir sprechen uns gegen weitere Sonderopfer zulasten der Beamten aus. Es gibt keine sachliche Begründung, den Gleichklang zwischen dem Tarifbereich und dem Beamtenbereich zu verlassen. Wir stimmen deshalb dem FDP-Antrag zu, wollen die Ablehnung der Schnellschüsse der Ministerpräsidentin, allerdings mit dem klaren Bekenntnis zu weiteren Reformen im öffentlichen Dienst- und Versorgungsrecht. Ansonsten verweise ich Sie, weil das wirklich unerträglich ist, dass Sie immer sagen, wir hätten keine Vorschläge,

(Holger Astrup [SPD]: Stimmt!)

auf unsere Haushaltsanträge. Mittelfristige Maßnahme: Einsparung jeder fünften Stelle in der Landes-

verwaltung, Einsparungen auf Führungsebene, Effizienzsteigerung in den Tabubereichen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo? - Weitere Zurufe)

- Hören Sie doch zu, bevor Sie schreien. Sie sind nicht einmal bereit, sich die Dinge anzuhören, aber Sie sagen immer, wir hätten keine Vorschläge!

(Beifall bei CDU und FDP)

Reduzierung der Beauftragten, der Kommissionen. Gehen Sie doch da einmal heran und sagen Sie nicht jedes Mal, wenn wir einen Vorschlag machen, dass die Welt zusammenbrechen würde! Lesen Sie unsere Haushaltsanträge durch, dann wissen Sie, wie man dieses Land saniert, und dann werden wir auch einen Schritt weiterkommen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schlie, so wie Sie reden, kann wirklich nur jemand reden, der außerhalb des öffentlichen Dienstes noch nie irgendetwas gesehen hat. Ich sage Ihnen das mal. Ich habe als Betriebsrat über Kündigungen verhandelt, ich habe über Lohnabstufung verhandelt. Das waren alles ausgesprochen schwierige Dinge. Da haben wir uns für die Kollegen eingesetzt und gekämpft. So wie Sie reden und wie Sie das hier darstellen, kann ich nur sagen, das ist für Menschen außerhalb des öffentlichen Dienstes unbegreifbar, wie man sich so hinstellen kann.

(Klaus Schlie [CDU]: Sie begreifen es nicht, aber das ist doch Ihr persönliches Problem!)

- Sie sollten lieber die Schnauze halten an dieser Stelle!

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sollten Sie mal lieber! - Zurufe von der CDU: Oh, oh! - Glocke des Präsidenten)

Okay, es tut mir leid, aber manchmal kommt einem die Galle hoch, ehrlich.

Die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst tun eine wichtige Arbeit. Moderne Strukturen im **öffentlichen Dienst** sind notwendig. Es ist so, dass seit Jahren der öffentliche Dienst auch in Schleswig-

(Karl-Martin Hentschel)

Holstein von einem Umstrukturierungs- und Modernisierungsprogramm zum nächsten überrollt wird

(Martin Kayenburg [CDU]: Weil Sie kein Konzept haben!)

und dass wir bereits Tausende von Stellen in den letzten Jahren eingespart haben. Wir haben allein in den zentralen Verwaltungen in Schleswig-Holstein in den letzten sechs Jahren über 2.000 Stellen eingespart.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht! Aufgestockt haben Sie!)

- Das kann ich Ihnen gern vorrechnen. Das sind 15 %. Wir sind an einem Punkt, wo wir feststellen müssen, dass wesentliche Einsparungen nur möglich sind, wenn wir grundsätzliche Strukturen des Landes und der Kommunen überarbeiten und verändern.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das ist wohl wahr!)

Aber, meine Damen und Herren von der Opposition, ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie immerhin etwas über **Dienstrechtsreform** sagen. Ich war erstaunt, das ist völlig neu. Vielleicht bewegt sich ja noch was. Wir vertreten seit langem die Auffassung, dass wir eine grundlegende Reform des öffentlichen Dienstrechtes brauchen, dass wir weg müssen vom Zwei-Säulen-Modell, dass wir ein einheitliches Dienstrecht wollen für Angestellte und Arbeiter und Beamte, dass wir alle einbeziehen in die Sozialversicherungskassen, sowohl in die Rentenkassen als auch in die Krankenkassen und damit ein einheitliches modernes Dienstrecht in Deutschland bekommen, wie es das in jedem anderen Land der Welt auch gibt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hat damit nichts zu tun, aber wir können darüber reden!)

Wir brauchen aber auch Länderspielräume. Die **Länder** exekutieren die Bundesgesetze. Zweidrittel aller Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst sind bei den Ländern und nicht beim Bund und nicht bei den Kommunen, und zwar deswegen, weil die Länder alle Bundesgesetze umsetzen. Wir haben die Finanzbeamten, wir haben die Justiz, wir haben die Polizei, wir haben den Vollzug, wir haben den riesigen Bildungsbereich, die Lehrer, Hochschullehrer und so weiter. Der Bund schreibt uns aber vor, wie wir sie zu besolden haben und was wir damit zu tun haben.

(Klaus Schlie [CDU]: Warum erzählen Sie uns das jetzt? Erzählen Sie das auf Ihrem Parteitag!)

So kann es nicht weitergehen. Wir brauchen einen länderspezifischen Einfluss auf das Personalrecht sowohl im Beamtenbereich als auch im Angestelltenbereich. Deswegen finde ich es richtig, wenn die Länder sagen, wenn wir mit dem Bund nicht einig werden, müssen wir als Länder selbständig verhandeln können. Wir wollen Tarifverträge mit den Gewerkschaften, aber wir müssen als Land auch selbst mit den Gewerkschaften verhandeln können. Das gehört auch dazu, wenn man sozusagen moderne Personalpolitik machen will.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist übrigens auch nichts Neues, wir hatten in den 50er- und 60er-Jahren Ortszulagen, die sehr unterschiedlich waren in Deutschland. Damals war es so, dass es in den Großstädten, wo die Lebenshaltungskosten wesentlich höher waren, höhere Ortszulagen gab als auf dem flachen Land. Ich erinnere nur an die Probleme, die wir bei der Polizei haben, die mit ihrem Gehalt im Norden des Landes gut auskommen, die aber mit ihrem Gehalt am Hamburger Rand große Probleme haben, weil dort die Wohnungen so teuer sind.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

So etwas muss berücksichtigt werden. Deswegen sage ich auch, wenn wir die Politik flexibilisieren, müssen wir immer darauf achten, dass die Lösungen gerecht sind, dass wir sozial differenzierte Lösungen haben, dass wir nicht die Polizisten im mittleren Dienst treffen, sondern dass wir ansetzen bei den höheren Beamten, dass wir Unterschiede machen. Das gehört auch zu einer modernen Personalpolitik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage an dieser Stelle, dass wir natürlich - die Termine sind zum großen Teil mit den Gewerkschaften vereinbart - Gespräche führen. Ich sage auch, dass wir mit allen Personalräten und allen Beschäftigten gern Gespräche über die Situation führen. Ich sage aber auch - und jetzt komme ich zu Ihnen -, wenn nach der Haushaltsdebatte, die wir heute morgen geführt haben, die Opposition in dieser Situation einen Dringlichkeitsantrag einbringt, der im Kern nichts weiter hat, als die Zustände im öffentlichen Dienst zu zementieren, dann muss ich sagen, mit soviel Feigheit werden Sie die Probleme des Landes nicht lösen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Deswegen ist Ihr Antrag abzulehnen.

(Karl-Martin Hentschel)

Der SSW-Antrag ist in Punkt zwei vernünftig. Im Punkt eins können wir ihn nicht akzeptieren. Ich glaube, er ist auch falsch in Punkt eins, weil der eine Punkt, den Sie dort ansprechen, sich auf die Angestellten bezieht, der andere auf die Beamten. Sie begründen das aber im Zusammenhang. Das ist sachlich nicht richtig. Deswegen werden wir beide Anträge, die vorliegen und noch bestehen, ablehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hintergrund der heutigen Diskussion über eine Änderung der dienstrechtlichen Vorschriften auf Bundesebene, Stichwort **Öffnungsklausel**, ist die katastrophale finanzielle Situation des Bundeslandes Berlin. Weil sich die Berliner Landesregierung nicht mit den Gewerkschaften über gemeinsame Konsolidierungsmaßnahmen im Besoldungsbereich einigen konnte, will sie jetzt mit dem Kopf durch die Wand. Ziel ist es, mit einer begrenzten Öffnung des **Bundesrechts**, also beim Bundesbesoldungsgesetz, Beamtenversorgungsgesetz, Urlaubsgeldgesetz und beim Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung entsprechende landesgesetzliche Maßnahmen zuzulassen. Im Klartext heißt das, dass jedes Bundesland bei Haushaltsproblemen, wie wir sie jetzt fast überall haben, die bisherige Beamtenbesoldung aussetzen kann und einseitig Abstriche bei der Bezahlung der Beamtinnen und Beamten vornehmen kann. Es geht hier in erster Linie um die Knete und weniger um neue Strukturen.

Das Land Berlin bittet im Bundesrat um Zustimmung für eine Öffnungsklausel, aber im Prinzip würde diese auf alle Länder angewendet werden können. Ministerpräsidentin Heide Simonis hat ja schon vor einigen Wochen angedeutet, dass sie sich eine solche Lösung, wenn auch nur kurzfristig, für Schleswig-Holstein vorstellen könne.

Um es gleich vorweg zu sagen, der SSW lehnt unüberlegte Maßnahmen in Verbindung mit der Beamtenbesoldung ab. Deshalb sind wir auch gegen die vorgeschlagene Öffnungsklausel, die das Land Berlin im Bundesrat beantragt hat. Wir sind der Meinung, dass Änderungen im Beamtenbesoldungsrecht auf dem Verhandlungswege mit den Arbeitnehmerorganisationen erzielt werden müssen. Wenn man in einem Diktat den Beamtinnen und Beamten ihre Besol-

dungsanpassung, die Sonderzuwendung oder das Urlaubsgeld kürzen oder streichen will, schafft man nur demotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das ist das Letzte, was wir angesichts der vielen Reformen, die in der Verwaltung nötig sind, brauchen können. Auch die Beamtinnen und Beamten brauchen wie alle Arbeitnehmer Verlässlichkeit. Wir als Arbeitgeber müssen diese Verlässlichkeit gewährleisten.

Dazu kommt, dass das Land nicht auf der einen Seite bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen von Unternehmen die Tariftreue fordern und auf der anderen Seite bei den eigenen Beschäftigten die Tarifverträge einseitig brechen kann. Das passt nicht zusammen und ist politisch unglaubwürdig.

Dasselbe gilt übrigens auch im Bereich der Privatwirtschaft, wo zumindest die Sozialdemokraten bisher gegen flächendeckende Öffnungsklauseln in Tarifverträgen eingetreten sind. Einen Ausstieg aus der Tarifautonomie lehnen wir also ab.

Dennoch plädiert auch der SSW dafür, dass wir bundesweit über eine langfristige Reform des Beamtenbesoldungsrechts und der öffentlichen Dienste nachdenken müssen. Natürlich sind die **Personalausgaben** ein beträchtlicher Faktor bei der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Allein Schleswig-Holstein hat eine Personalquote von über 40 % der gesamten Ausgaben des Landes. Zum Beispiel ist es aus unserer Sicht eine berechtigte Forderung, dass die Beamten und Beamtinnen zukünftig auch in die öffentlichen Rentenkassen einzahlen sollen. Zum einen wissen wir, dass die öffentlich finanzierten Rentenkassen dringend mehr Einnahmen brauchen, zum anderen sind die Pensionslasten der Beamtinnen und Beamten, die in den nächsten Jahrzehnten unsere Haushalte zusätzlich belasten, eigentlich nicht mehr zu finanzieren.

Man muss aber auch über weitere Struktur- und Verwaltungsreformen der Landesbehörden sprechen, die dann aber auch dazu führen, dass viele Stellen zukünftig sozialverträglich eingespart werden können.

Diese Fakten gehören auch zu einer ordentlichen Diskussion. Aber alle diese Dinge muss man vernünftig mit den Betroffenen diskutieren und sie nicht einseitig diktieren, wie es scheinbar auch die Landesregierung vorhat. Ich bin sicher, dass die Interessenvertreter der Beamten und Angestellten des Landes sehr wohl den Ernst der Lage erkannt haben und deshalb auch bereit sind, eine gemeinsame Lösung zu finden. Aus diesem Grunde haben wir einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht, für den wir um Ihre Zustimmung bitten.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Beitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Klaus Schlie.

Klaus Schlie [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich dem Innenminister gern zwei Fragen stellen möchte. Ich meine, wir als Parlament haben ein Anrecht darauf zu erfahren, wie sich die Landesregierung von Schleswig-Holstein zu diesen beiden Fragenkomplexen stellt. Erstens, Herr Innenminister, würde ich Sie gern fragen, wie Sie sich zu der Einschätzung des Kollegen Puls stellen, dass einige der Äußerungen, die gestern von Gewerkschaftern bei der Demonstration gefallen sind, disziplinarrechtlich überprüfenswert wären. Teilen Sie diese Auffassung für die Landesregierung, Herr Minister?

(Günter Neugebauer [SPD]: Hat er nicht gesagt!)

Die zweite Frage, die ich Ihnen gern als verantwortlicher Dienstherr für die Landespolizei, Herr Minister, stellen möchte, lautet: Teilen Sie die Auffassung des Fraktionsvorsitzenden der Grünen, dass es notwendig ist, die Polizeibeamten in Schleswig-Holstein unterschiedlich zu besolden, und zwar die im Norden etwas schlechter als die im Süden, weil die Lebenshaltungskosten im Norden angeblich geringer sind. Teilen Sie diese Auffassung? Ich hätte gern im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Landes dazu von Ihnen eine klare Aussage.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Kollegen Puls bislang als einen besonnenen Redner erlebt.

(Beifall bei der SPD)

Den gestrigen Auftritt von Sprechern der Beamten jedoch mit einem Zentralkomitee gleichzusetzen, Herr Kollege Puls, weise ich in einem frei gewählten Parlament auf das Entschiedenste zurück. Ich finde es gänzlich unerträglich,

(Beifall bei CDU und FDP - Widerspruch bei der SPD)

die Sprecher der Beamten unseres Landes auch nur annähernd in einem Zusammenhang mit einem Zentralkomitee zu setzen. Dies muss in diesem Parlament deutlich gesagt werden. Entschuldigen Sie sich dafür! Nehmen Sie diese Äußerung zurück!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile das Wort für bis zu drei Minuten dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen insbesondere von der SPD-Fraktion, ich habe nur zwei Fragen - dafür brauche ich auch keine drei Minuten -, die ich gern beantwortet hätte.

Erstens: Sie wollen ja zusammen mit Ihrem Koalitionspartner demnächst ein Tariftreugesetz verabschieden. Ich frage Sie, wie das zusammenpasst, dass sich das rot-rot regierte Bundesland Berlin aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder verabschiedet hat, um entsprechend unter Tarif bezahlen zu können.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf von der SPD)

- Schön, dass Sie mir darauf gleich eine Antwort geben.

Punkt zwei: Lieber Kollege Baasch, ich spreche Sie ganz persönlich an. Am Mittwoch und am Donnerstag haben Sie immer dann, wenn wir das Thema Hartz-Konzept gestreift haben, dazwischen gerufen. Immer wenn von der Leiharbeitszeitregelung die Rede war, haben Sie „Tarifverträge“ dazwischen gerufen. Lieber Herr Kollege Baasch, ich frage Sie: Soll das auch für den Bund und für die Länder als Arbeitgeber als Vorbild gelten? Darauf müssen Sie eine Antwort haben. Wenn Sie auf der einen Seite im privatwirtschaftlichen Bereich die Wirtschaft auffordern, Tarifverträge einzuhalten und sich nicht aus Tarifgemeinschaft zu verabschieden, dann, Herr Kollege Baasch, müssen Sie auf der anderen Seite für den Antrag von CDU und FDP stimmen, weil Sie das dann vom öffentlichen Arbeitgeber selbstverständlich verlangen müssen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Herr Garg, es tut mir Leid, dass ich Ihnen Nachhilfe geben muss. In der Tarifgemeinschaft deutscher Länder handeln Bund und Länder gemeinsam einen Tarif aus. Wir wollen keinen tariflosen Zustand, sondern es kann unterschiedliche Tarife geben, das heißt, es kann regional verhandelt werden. Das ist in der freien Wirtschaft durchaus üblich. Zum Beispiel in dem Bereich, in dem ich jahrelang Tarifverhandlungen geführt habe, nämlich im Bereich der Verlage, haben wir für die Angestellten immer regionale Tarifverträge ausgehandelt, weil die Situation in einer Medienstadt wie Hamburg anders ist als in einem Land wie Schleswig-Holstein.

(Unruhe)

Das ist auch nicht mit der Auflösung von Flächentari-
fen zu verwechseln.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Eine Sekunde, bitte. Bitte Ruhe! Das Präsidium ist interessiert daran, die Debatte zu verfolgen. Das geht aber nur dann, wenn der Redner redet und der Rest zuhört. - Vielen Dank.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es ist ein Problem, wenn man zunächst die Sache nicht verstanden hat, anschließend Unsinn erzählt und dann nicht einmal zuhört, wenn man das korrigiert.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW - Zurufe von der CDU)

Deswegen erspare ich mir weitere Bemerkungen und empfehle Ihnen ein Lehrbuch für Anfänger.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wir kommen jetzt zu den Anträgen, wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. - Doch, Frau Lütkes! Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Lütkes das Wort.

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin:

Herr Präsident, die Landesregierung möchte keinesfalls darauf verzichten, zu dem Antrag einige Sätze zu sagen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein - höflich gesagt - wohlfeiler Antrag der FDP-Fraktion liegt vor, was ein wenig wundert lässt, wenn man bedenkt, dass Sie die **Flächentarifsysteme** am liebsten abschaffen wollen. Aber in Anbetracht der gegenwärtigen Situation ist es verständlich, dass Sie den Antrag stellen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung muss sich aber weder von der FDP noch von anderen sagen lassen, dass wir die Mitarbeiter und die Arbeit unserer Mitarbeiter nicht schätzen würden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir nicht nötig. Die Landesregierung weiß sehr genau um die großen Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und - das sage ich nicht einfach daher - um die große Leistung, die alle in allen Bereichen bringen. Beispielhaft weise ich auf die Arbeit der Hochschulmitarbeiter, der Lehrer, der Polizei und der Justiz hin. Das sind die Bereiche, in denen hohe Personalausgaben anfallen. Deshalb gestatten Sie mir die Frage: Wollen Sie in diesem Bereich jeden Fünften entlassen?

(Klaus Schlie [CDU]: Ich kann Ihnen gern unseren Antrag zukommen lassen!)

- Wir können das gern nachlesen. Ich halte es für fahrlässig, über diese großen Personalblöcke, die die Aufgaben dieses Landes sichern, in dieser Art und Weise zu sprechen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte deshalb im Einverständnis mit der Ministerpräsidentin und allen meinen Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich den Dank der Landesregierung für den großen Einsatz und das große Engagement an unsere Mitarbeiter aussprechen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Darüber können Sie gern lachen. Sie können aber annehmen, dass wir wissen, worum es geht.

Sie haben eben die wirtschaftliche Situation in diesem Land und in der Bundesrepublik angesprochen. Auf der Basis dieser Situation haben wir zu handeln. Interessanterweise haben sich die Länder Schleswig-Holstein, Sachsen, das Saarland und Berlin zu einer

(Ministerin Anne Lütkes)

Arbeitsgruppe zusammengefunden. Nach meiner Kenntnis sind zwei CDU-geführte Länder dabei, die an dieser Debatte teilnehmen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie wissen doch, wie Aufträge im Bundesrat vergeben werden! Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung weiß - ich sagte es bereits -, der öffentliche Dienst in Schleswig-Holstein arbeitet sehr gut. Wir sind uns sehr bewusst, dass in den vergangenen Jahren den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sehr viel zugemutet wurde. Sie haben durch Mehrarbeit und niedrige Lohnsteigerungen erhebliche Beiträge für dieses Land geleistet. Aber - Sie haben es eben selber gesagt - der **Personalkostenanteil** in unserem Haushalt liegt bei etwa 40 %. Meine Damen und Herren, wir können uns deshalb Denkverbote nicht leisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir müssen Aufgaben kritisch überprüfen und bewerten und in dieser schwierigen Finanzlage das Personalbudget genau untersuchen, denn die Belastungen durch die notwendigen Personalkosten haben ein immenses Ausmaß erreicht. Die gegenwärtig extrem belastete Situation des Landeshaushaltes zwingt wahrscheinlich zu zeitnahen Lösungen. Aber, meine Damen und Herren, Lösungen müssen möglichst bundeseinheitlich gefunden werden. Das Ziel dabei muss bleiben, dass die länderübergreifenden Lösungen **soziale Komponenten** beinhalten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das müssen Sie Herrn Hentschel sagen! - Heinz Maurus [CDU]: Sagen Sie doch etwas zu den Vorschlägen der Ministerpräsidentin!)

Wir in Schleswig-Holstein werden darauf achten, dass gerade die sozialen Gesichtspunkte nicht untergehen. Starke Schultern könnten mehr tragen als schwache Schultern. Gestatten Sie mir einen Hinweis, Herr Oppositionsführer. Sie haben eben darauf hingewiesen, dass die Modernisierungsmaßnahmen in diesem Land für Sie nicht sichtbar sind. Schauen Sie doch einmal genau hin. Ich kann Ihnen beispielsweise aus meinem Bereich, dem Justizbereich, mitteilen, wie dort modernisiert und die Personalstruktur verändert wird. Das geschieht sozialverträglich. Ich hoffe - zumindest hatten wir das im rechtspolitischen Bereich bisher so diskutiert -, das geschieht auch weiterhin einvernehmlich mit diesem hohen Haus und sozialverträglich. Das ist unsere Aufgabe. Auch bei diesen Modernisierungsmaßnahmen handeln wir danach, dass wir den begrenzten Spielraum der öffentlichen Hand gemeinsam mit den Sozialpartnern angehen,

dies diskutieren und uns dem Grundsatz „Verhandeln, statt verordnen“ weiterhin verpflichtet fühlen.

(Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU]: Was ist mit den Vorschlägen der Ministerpräsidentin?)

Die Landesregierung hat deshalb bereits Gespräche vereinbart. Wir werden uns daran halten. Es geht nicht - erlauben Sie mir diesen Ausdruck - um platte Kürzungen, sondern um eine sinnvolle und einheitlich erarbeitete Flexibilisierung des öffentlichen **Dienst- und Tarifrechts**. Darüber hinaus geht es um ein einheitliches Recht im Rahmen des Bundesverfassungsgerichtsurteils aus dem Jahre 1998. Daran halten wir uns. Hieran arbeiten wir gemeinsam und - ich hoffe - in Übereinstimmung wenigstens mit Teilen dieses Hauses.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Klaus Schlie von der CDU-Fraktion das Wort.

Klaus Schlie [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erstens finde ich es außerordentlich bedauerlich, Herr Innenminister, dass Sie sich nicht nach vorn wagen

(Beifall bei der CDU)

und die Fragen, die ich Ihnen gestellt habe, beantworten. Daraus kann ich nur die Schlussfolgerung ziehen, dass Sie genauso irrwitzige Gedanken haben wie die, die hier geäußert worden sind. Ansonsten sollten Sie nach vorn kommen und das aus dem Weg räumen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Sehr verehrte Frau stellvertretende Ministerpräsidentin,

(Holger Astrup [SPD]: Jetzt war es richtig!)

im Interview der Frau Ministerpräsidentin steht auf die Frage der „Lübecker Nachrichten“ ob es vorgesehen ist, dass ein Land bis zu 10 % unter dem Bundesbesoldungsgesetz bleiben kann, die wörtliche Antwort: „Denkbar ist das!“. Nun frage ich Sie, Frau stellvertretende Ministerpräsidentin: Ist das nun mit dem, was Sie gesagt haben, vom Tisch oder nicht? Wenn das ganze Geplapper von Frau Simonis in ihrem „LN“-Interview vom Tisch ist, dann ist das ja in Ordnung. Sagen Sie das dann doch für die Landesregierung. Das wäre doch ein mutiger Schritt nach vorn.

(Klaus Schlie)

Wenn das Geplapper aber nicht vom Tisch ist, dann sagen Sie es auch.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will doch noch eine Sache nachschieben. Bei den ganzen Wirrnissen des Kollegen Hentschel ist ihm auch der Satz entglitten, dass er ein einheitliches Dienstrecht für Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst haben will. Auch dazu hätte ich gern eine Antwort dieser Landesregierung.

(Holger Astrup [SPD]: Was sagt die CDU dazu?)

Bekennen Sie doch endlich einmal Farbe dazu, ob das, was von Ihrem Koalitionspartner so wirr geäußert wird, auch die Auffassung der Landesregierung ist!

(Beifall bei CDU und FDP - Holger Astrup [SPD]: Was sagt die CDU dazu?)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Innenminister Buß das Wort.

(Heinz Maurus [CDU]: Endlich! - Holger Astrup [SPD]: Dann ist Schluss! Dann reicht das!)

Klaus Buß, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schön, wenn eine Antwort ersehnt wird. Herr Schlie, ich musste erst warten, ob mir noch Zeit übrig bleibt.

Zu Ihrer ersten Frage: Herr Puls hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, überhaupt nicht gesagt, dass das gesamte Geschehen in irgendeiner Weise disziplinarrechtlich relevant sei, sondern er hat lediglich zwei Zitate des Vorsitzenden der GdP gebracht.

(Klaus Schlie [CDU]: Halten Sie die auch für disziplinarrechtlich relevant?)

- Hören Sie mir doch zu! Ich habe Ihnen auch geduldig zugehört, wie es meine Art ist. Das erwarte ich auch von Ihnen.

(Klaus Schlie [CDU]: Mache ich auch!)

Erstens. Aus meiner Sicht ist das gesamte Demonstrationsgeschehen nicht disziplinarrechtlich relevant. Herr Freiberg - ausschließlich er ist hier zitiert worden - ist in keiner Weise Angestellter oder Beamter des Landes, sodass sich diese Frage überhaupt nicht stellt.

Zweitens. Sie haben die unterschiedliche Besoldung angesprochen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass

von Beamtinnen und Beamten aus dem Hamburger Rand immer wieder die Forderung erhoben wird, aus den genannten Gründen erhöhte Zuschläge zu zahlen. Dort sind vor allen Dingen die Grundstücke teurer. Eine unterschiedliche Besoldung zwischen Nord und Süd ist rechtlich nicht möglich, wie Sie genau wissen, und auch nicht angedacht.

Ich fordere immer wieder - das habe ich sehr oft getan - die Kommunen des Hamburger Rands auf, das Problem zu erkennen, darauf zu reagieren und ihren Beamtinnen und Beamten, die sie dort haben wollen, entsprechend günstige Grundstücke zur Verfügung zu stellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das geht doch gar nicht!)

- Selbstverständlich. Herr Kayenburg, soll ich Ihnen einmal erzählen, wie man das macht? Ich habe es gemacht und andere können es auch. Wenn Sie es nicht können, erzähle ich Ihnen, wie das geht.

(Werner Kalinka [CDU]: Das darfst du doch gar nicht!)

- Natürlich geht das. Selbstverständlich kann eine Kommune, die das will, für solche Zwecke im Wege der Erbbaurechts günstige Grundstücke zur Verfügung stellen. Sie muss es nur wollen.

(Werner Kalinka [CDU]: Das darfst du doch gar nicht!)

- Ach Gott, Herr Kalinka! Ich kläre Sie gern auf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Das war der Dienstherr! - Werner Kalinka [CDU]: Dafür würde jede Kommune gemäßigelt werden! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf um Ruhe bitten. Wir haben die Situation nach § 58 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung; das heißt, die Hälfte der angemeldeten Redezeit kann in Anspruch genommen werden, nachdem die Landesregierung nach dem Aufbrauchen ihrer Redezeit noch einmal das Wort ergriffen hat. In dem Sinne stehen jedem Redner, wenn er es denn möchte, von der angemeldeten Redezeit noch einmal zweieinhalb Minuten zur Verfügung.

Herr Abgeordneter Hentschel hat das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich heute die Zeitung aufschlage, lese ich die Überschrift von einem Artikel von Merz - Unions-Vizefraktionschef Friedrich Merz -: „Rot-Grün fehlt der Mut zu unbequemen Maßnahmen“.

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig!)

Darunter fordert er: Wir brauchen stattdessen eine sofortige Flexibilisierung des Arbeitsmarktes

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig! Recht hat der Mann! - Rainer Wiegard [CDU]: Guter Mann!)

und so weiter und so fort. Ich frage: Ist das alles?

(Klaus Schlie [CDU]: Sie haben nicht den ganzen Artikel vorgelesen!)

Ist das alles, dass man das Kündigungsrecht erleichtern will, dass man in die Tarife eingreifen will? Sind all diese Dinge nur für die Privatwirtschaft gemeint? Hat nichts davon irgendetwas mit dem öffentlichen Dienst zu tun?

Herr Schlie, Sie schreiben in Ihrem Antrag: Der Landtag hält jedoch eine weitere strukturelle Flexibilisierung des Dienst- und Versorgungsrechts für notwendig.

(Klaus Schlie [CDU]: Ist das so oder nicht?)

Ich bitte Sie, jetzt nach vorn zu kommen und drei Punkte zu nennen, die das beinhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Holger Astrup [SPD]: Das wäre etwas Neues!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Holger Astrup [SPD]: Jetzt warten wir auf die Antwort der CDU! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CDU wollte noch etwas sagen! Die CDU wollte jetzt Antworten geben!)

Für den Fall, dass Sie dem Haus etwas mitteilen wollen, steht Ihnen der Weg zum Rednerpult frei. - Das ist die bisher geübte Form. Ansonsten ist die Aussprache beendet. - Okay, die Aussprache ist beendet und wir treten in die Abstimmung ein.

(Holger Astrup [SPD]: Die CDU kneift!)

Das sage ich, um das Procedere klarzustellen. Wer etwas zur Abstimmung sagen möchte, kann sich zur

Geschäftsordnung melden. Ansonsten bitte ich, dass wir gemeinsam versuchen, die Anträge zusammenzubekommen.

Wer zunächst dem Antrag der Fraktion der FDP - - Ein Geschäftsordnungsantrag des Kollegen Astrup!

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident, da die Wortbeiträge der Kollegen von FDP und CDU sich jeweils überkreuzten, indem der eine gesagt hat, er stimme dem Antrag des anderen zu, und die CDU geantwortet hat, sie stimme dem Antrag der FDP zu, bitte ich Sie zu klären, auf welcher Geschäftsgrundlage wir gerade abstimmen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das wollte ich gerade vortragen, Herr Kollege.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen ein bisschen geduldiger sein!)

Da mir die Äußerungen der antragstellenden Fraktionen beziehungsweise der vorliegende Änderungsantrag bekannt sind, schlage ich vor, dass wir über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/2250, in der Form des Änderungsantrages der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2261, abstimmen. Wenn das die Grundlage der Abstimmung ist,

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Ja! - Martin Kayenburg [CDU]: Die Antragsteller sind einverstanden!)

würden wir jetzt - - Sie können sich gleichen melden. Hören Sie kurz zu, dann können Sie das hinterfragen. - Wenn das die Abstimmungsgrundlage ist,

(Zurufe von CDU und FDP: Ja! Jawohl!)

bleibt jetzt zu erfahren, wie mit dem Änderungsantrag des SSW, Drucksache 15/2260, zu verfahren ist. Es ist zu fragen, ob vor dem Hintergrund der eben geschilderten Antragsgrundlage der Antrag des SSW als Änderungsantrag dazu zu verstehen ist. Hierzu bitte ich den SSW um das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Genauso ist der Antrag zu verstehen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das ist die Abstimmungsgrundlage. Zu dem Antrag Drucksache 15/2250 in der Form des Änderungsantrags Drucksache 15/2261 gibt es einen Änderungsantrag, Herr Kollege Astrup.

(Holger Astrup [SPD]: Ich bin voll einverstanden!)

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Wenn dieser weitergehend ist, ist zuerst über ihn abzustimmen. Wer dem Änderungsantrag des SSW, Drucksache 15/2260, zu dem Grundantrag Drucksache 15/2250 in der Fassung des Änderungsantrags Drucksache 15/2261 seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SSW abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 15/2250 in der Fassung des Änderungsantrags Drucksache 15/2261. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltung? - Der Antrag Drucksache 15/2250 in der Fassung der Drucksache 15/2261 ist gegen die Stimmen von CDU und FDP mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt. Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes angelangt.

Bevor wir in einen neuen Tagesordnungspunkt eintreten, möchte ich Folgendes - für das Protokoll - bekannt geben: Erkrankt ist der Herr Abgeordnete Dr. von Hielmcrone, beurlaubt sind die Kollegen Ehlers, Geißler, Kubicki und Spooendonk, entschuldigt sind Ministerpräsidentin Simonis und Minister Rohwer.

Auf der Tribüne darf ich Damen und Herren des Südschleswiger Vereins Flensburg und des Grenzvereins Dänemark begrüßen. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

Grenzüberschreitende Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen

Landtagsbeschluss vom 13. September 2002

Drucksache 15/2067

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/2232

Ich erteile für die Landesregierung zunächst Frau Ministerin Moser das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß, nach den Sie bisher vielleicht besonders aufregenden Themen des Vormittages erscheint dies eher ein langweiliges Thema. Aber, meine Damen und Herren, es ist ein europäisches Thema, das

uns in die Zukunft führt und uns nicht im Kleinklein verharren lässt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem vorliegenden Bericht bekräftigt die Landesregierung ihre positive und aktive Haltung im Hinblick auf die Verbesserung der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen über die Grenzen hinweg.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Es ist natürlich nicht so - wo ist das schon so? -, dass dieses Politikfeld konfliktfrei wäre. Das Bundessozialgericht hat erst kürzlich, Anfang Oktober, vor zu großer Freizügigkeit bei der grenzüberschreitenden Inanspruchnahme ambulanter Behandlungen gewarnt. Vielleicht haben Sie noch die Presse in Erinnerung, die die Krankenkassen gemacht haben, um davor zu warnen, dass die Behandlung dänischer und norwegischer Patienten zulasten deutscher Patienten stattfinden könnte. Auch hier geht es - wie bei den Themen eben - um Statusquo- und Verteilungsfragen. Ja, Herr Garg; es nützt nichts: Darum geht es schon lange, auch wenn Sie immer so tun, als gebe es das alles nur hier und sei hausgemacht. Wir werden uns nicht bange machen lassen, auch nicht in dieser Frage.

Der Ihnen vorliegende Bericht ordnet zunächst die Diskussion vor allem im Hinblick auf den Stand innerhalb der EU ein. Die EU hat keine Regelungskompetenz für die Gesundheitssysteme. Ausdrücklich ist eine Harmonisierung nicht angestrebt. Das ist aus unserer gegenwärtigen Sicht auch richtig so.

Die viel zitierten **EuGH-Urteile**, die große öffentliche Resonanz hatten, markieren weniger einen zukunftsweisenden Weg als vielmehr die Aufgabe an uns als Politik, die Rahmenbedingungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten, um von gerichtlichen Urteilen auf der Grundlage begrenzter Regelungstatbestände wegzukommen.

Die erkennbare Zunahme grenzüberschreitender Behandlungen bestätigt den wachsenden Bedarf nach einer zukunftsfähigen politischen Gestaltung. Sie steht aus, auch auf EU-Ebene.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist es!)

In diesem Zusammenhang wird gerade Gesundheit ein eigenständiger Politikbereich werden müssen. Das muss nicht zwangsläufig mit einer Übertragung von Kompetenzen verbunden sein.

Nach Auffassung der Landesregierung müssen gerade

(Ministerin Heide Moser)

die Erfahrungen der Grenzregionen für die Gestaltung dieses Politikbereichs genutzt werden,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

müssen genutzt werden, um die Notwendigkeiten für mehr Konvergenz, für rechtlichen Weiterentwicklungsbedarf und für administrative Vereinfachungen zu identifizieren. Diese Erfahrungen wollen wir systematisch auswerten. Dies ist auf Bund-Länder-Ebene erst begonnen worden und wird sicherlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Wichtig ist, dass wir begonnen haben und dass wir uns als Schleswig-Holstein in diesen Prozess einbringen.

(Jürgen Weber [SPD]: Ausgezeichnet!)

Die weitere Entwicklung von Kooperationsansätzen in der grenzüberschreitenden Versorgung von Patientinnen und Patienten hat nach dem Gesagten weniger den Charakter eines Prestigeprojekts, wobei auch Prestige aus Gründen der Standortpräsentation nicht ganz aus unserem Blickfeld ist. Sie hat vielmehr den Charakter eines Zukunftsprojekts zur Evaluierung künftiger regionaler Versorgungsstrukturen in einem zusammenwachsenden Europa.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD], Ulrike Rodust [SPD], Jürgen Weber [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich nehme zur Kenntnis, dass schlichte Fragen nach der Zahl der behandelten ausländischen Patientinnen und Patienten oder nach aufgewendeten Marketingmitteln, wie sie in verschiedenen kleinen Fragen aufgeworfen worden sind, überschaubarer und unterhaltbarer sein mögen als die Beschäftigung mit Annäherungsprozessen und die Suche nach konkreten Problemlösungen für Verfahrensfragen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Lassen Sie mich daher

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist peinlich!)

und angesichts meiner Hinweise umso mehr dafür werben, den vorliegenden Bericht weniger als bloße Bestandsaufnahme in die Debatte zu nehmen, sondern im Sinn einer gemeinsamen Kursbestimmung zu nutzen, um weiter daran zu arbeiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestern gegen Abend gab es die Idee, über den Bericht gar nicht zu diskutieren, weil so viel nicht drin stehe. Das ist eine durchaus richtige Analyse gewesen. Ob eine Landtagsdebatte darüber unbedingt notwendig ist, darüber kann man geteilter Meinung sein. Es gibt aber einen Punkt, auf den ich gern zu sprechen kommen möchte.

Hier ist ein Bericht vorgelegt worden, in dem sich die einzigen konkreten Zahlenangaben auf das Jahr 1999 beziehen. Zu 2000 und 2001 sind keine konkreten Zahlen vorgelegt worden. Allein das zeigt schon, dass der Bericht sehr wenig wert ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dann heißt es, für 2000 und 2001 seien Steigerungen zu erwarten. Frau Moser, das dokumentiert nur das Ergebnis der Zahlen, dass Nennenswertes bisher nicht erreicht worden ist. Deswegen müssen Sie mit perspektivischen Erwartungen arbeiten, die keine reale Grundlage haben.

Das ist die wahre Situation. In dem Bericht gar von Perspektive zu sprechen - ich nehme an, viele von Ihnen haben den Bericht gar nicht gelesen -, ist so weit neben der Spur; darüber braucht man sich eigentlich gar nicht zu unterhalten.

Der einzige konkrete Punkt ist die Patientenbrücke zu Norwegen. Das ist Ihr großes Thema. Dafür wurden Pressekonferenzen auch mit der Ministerpräsidentin abgehalten. Diese **Patientenbrücke** hat im Jahr 2002 bisher 850 Menschen hergebracht. Der Anteil der ausländischen Patienten an der Gesamtpatientenzahl in Schleswig-Holstein beträgt 0,15 % mit sinkender Tendenz. Eine solche Situation zeigt, dass wir von Ihrer proklamierten Aussage, Schleswig-Holstein sei so interessant, weit entfernt sind. In Norwegen gibt es 280.000 Patienten, die auf eine Versorgung anderswo warten. Wenn von denen in diesem Jahr bisher 850 gekommen sind, dann sagt das alles aus.

(Silke Hinrichsen [SSW]: Das stimmt überhaupt nicht! Es gibt in Norwegen fast keine Warteliste mehr!)

- Frau Kollegin Hinrichsen, dann mögen die in andere Länder gegangen sein, aber nicht nach Schleswig-Holstein. Wir waren am Montagabend bei der Krankenhausgesellschaft im Lande. Dort wurden uns die

(Werner Kalinka)

Zahlen genannt. Frau Moser, Sie erwähnen die Zahlen nicht, weil sie viel zu schlecht sind.

(Ministerin Heide Moser: Sie reden wider besseres Wissen!)

- Ich rede nicht wider besseres Wissen, Frau Moser! Legen Sie die Zahlen vor, die wir am Montagabend gehört haben! Wann korrigieren Sie die?

(Wolfgang Baasch [SPD]: Sie kommen mit Zahlen, die überhaupt nicht belegt sind!)

- Ich habe die Quelle genannt. Schauen Sie die Zahlen für letztes Jahr an! Waren die besser?

(Wolfgang Baasch [SPD]: Sie haben gesagt, es gibt Wartelisten in Norwegen! Dort gibt es aber keine Wartelisten!)

- Aber nicht deswegen, weil die Patienten nach Schleswig-Holstein gegangen sind.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Jetzt werden wir alle krank, nur weil Sie Wartelisten brauchen!)

Lassen Sie mich auf den Punkt kommen, weswegen ich das Thema angesprochen haben möchte. Dies ist ein Bericht über die grenzüberschreitende Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen. Ich finde es schon ein starkes Stück, dass in diesem Bericht nichts von alledem zu lesen ist, was über Staatskanzlei und andere zum Beispiel im Blick auf den arabischen Raum gemacht worden ist. Das gehört in einen solchen Bericht hinein, Frau Moser. Ich finde es einen schwerwiegenden Vorgang, dass zu all diesen Dingen nichts berichtet wird.

Meine Damen und Herren, wir haben im November vergangenen Jahres erlebt, dass die Frau Ministerpräsidentin auch im Gesundheits- und Wellnessbericht nichts dazu gesagt hat. Ich brauche mir nur vor Augen zu halten, wie die Universitätsklinik Kiel mit einem Grußwort der Frau Ministerpräsidentin mit dem Chairman Dr. Salam in diesen Bereichen wirbt. All das spiegelt sich in Ihren amtlichen Darlegungen nicht wider. Daran knüpfen sich Fragen an.

In dem Bericht des Universitätsklinikums Kiel heißt es zum Beispiel: Kooperation der Dräger Forum GmbH zur Förderung der Ausbildung von Krankenpflegekräften und Ärzten im Ausland, zunächst in Saudi-Arabien. Entweder ist das, was wir in den letzten Wochen zu diesen Dingen hier gehört haben, Teil amtlicher Politik - dann gehört das von der Landesregierung in amtlichen Aussagen dargelegt - oder es waren private Kontakte; dann gehört die Konsequenz aus der ganzen Geschichte gezogen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Es ist eine Pikanterie des Tages, dass Frau Simonis zu ähnlichen Kontakten unterwegs ist. Die Staatskanzlei zahlt Herrn Dr. Salam eine Fahrt in den arabischen Raum. Das findet sich in dem Bericht überhaupt nicht. Es besteht der begründete Verdacht der Geheimniskrämerei.

(Zurufe von der SPD)

- Regen Sie sich ruhig auf, meine Damen und Herren!

(Wolfgang Baasch [SPD]: Sie sind neben der Spur!)

Es gehört zur Aufgabe der Fraktionen, die die Regierung tragen, parlamentarische Kontrolle nicht beiseite zu schieben. Deswegen fordere ich Sie auf, bei diesen Dingen nicht wegzuschauen. Was ich hier dargelegt habe, gehört in einen solchen Bericht. Wenn es nicht darin enthalten ist, frage ich: Warum geschieht das nicht?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Höfs das Wort.

Astrid Höfs [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Herr Kalinka, Ihre Rede war nur peinlich. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wenn Sie mit dem Sozialausschuss nach Oslo gefahren wären, hätten Sie einen ganz anderen Wissensstand. Sie hätten bestimmt einige Dinge hier nicht sagen können.

(Lothar Hay [SPD]: Das hat schon Goethe gesagt: Reisen bildet! - Dr. Henning Höppner [SPD]: Aber Kalinka kommt nicht über Plön hinaus!)

Sie haben Gelegenheit gehabt, in der Novemberausgabe von „Der Landtag“ einiges nachzulesen. Dort ist darüber nämlich berichtet worden. Ich finde, die Patientenbrücke von Schleswig-Holstein nach Oslo hat einen guten Eindruck gemacht. Ich finde, es ist ein guter Bericht - er ist auch gut angekommen -

(Beifall bei SPD und SSW)

über grenzüberschreitende Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen. Die Vorträge von Gesundheitsexperten aus Norwegen und Deutschland und die Gespräche, die wir dort geführt haben - wir hatten Vertreter von AOK, VdAK und Krankenhausgesell-

(Astrid Höfs)

schaft dabei -, waren ganz wichtig. Es ist dort gut angekommen, dass wir dagewesen sind. Das hat den Vertretern in Oslo sehr gefallen. Es ist ein guter Kontakt gewesen. Es ist ein schönes Beispiel für Wissensaustausch. Im Übrigen sollte die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches zwischen den Mitarbeitern im Gesundheitsdienst gegeben sein. Das ist eine wichtige und bedeutungsvolle Aufgabe.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es ist hilfreich zu sehen, wie sich unsere Nachbarländer bestimmten Aufgaben stellen und wie sie damit umgehen. Es ist auch wichtig zu sehen, wie wir mit unseren Krankenhausaufgaben und der Versorgung alter Menschen umgehen. Es ist auch wichtig zu wissen, wie die anderen Länder die Aufgaben lösen und wie wir sie regeln. In jedem Fall ist unser Besuch dort sehr positiv aufgenommen worden. Das Signal, das wir mitbekommen haben, dass die Patientenbrücke Norwegen - Schleswig-Holstein weitergeführt werden soll, ist ein gutes Signal, das wir hier empfangen haben.

(Beifall bei der SPD)

Es bedeutet natürlich auch: In jedem Fall ist es wichtig, das Gespräch miteinander zu führen. Das führt immer zu neuen Erkenntnissen und Anregungen.

Die unterschiedliche Struktur des Gesundheitswesens in den europäischen Staaten scheint manchmal eine einheitliche Gesundheitspolitik fast unmöglich zu machen. Die Finanzierungsgrundlagen und die Verhältnisse in der Gesundheitspolitik sind in den einzelnen **EU-Ländern** sehr unterschiedlich. Und trotzdem haben die grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen in den letzten Jahren ganz deutlich an Bedeutung gewonnen.

Mit der zunehmenden Mobilität der Menschen - sei es als Touristen oder auch als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über die Grenze hinweg - werden auch an grenzüberschreitende Gesundheitsleistungen vermehrt Forderungen gestellt. Sie werden immer bedeutender. So wünscht zum Beispiel ein großer Teil der Versicherten, dass Gesundheitsleistungen ohne vorherige Genehmigung im Ausland in Anspruch genommen werden können. Davon haben Sie sicherlich auch schon gehört. Ausländische Patienten kommen in unser Land. Im Moment ist gerade ein privates Projekt mit arabischen Patienten im Kreis Segeberg in Vorbereitung. Aber das ist ein privates Projekt. Im Übrigen ist das nicht unsere allernächste Grenze, über die wir hier diskutieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es geht allein um den grenzüberschreitenden Gesundheitsbereich in unserer Nähe.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Ich habe Sie vorhin auch nicht beschimpft, also lassen Sie mich jetzt ausreden!

In jedem Falle wird es so sein, dass die grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen in unserem Bereich deutlich zunehmen werden. Bereits im Juli 2001 hat der **EuGH** klargestellt, dass alle Gesundheitsleistungen Dienstleistungen im Sinne des EG-Vertrages sind, deren Inanspruchnahme über Grenzen hinweg nur ausnahmsweise behindert werden darf. Zum Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stellten die Vertreter der Mitgliedstaaten im Juni 2002 in Luxemburg fest, dass bilaterale oder regionale Vereinbarungen, die die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Organisation ihrer Gesundheitssysteme nicht berühren und die mit dem einschlägigen Gemeinschaftsrecht vereinbar sind, eine wichtige Rolle spielen. Sie unterstreichen die Bedeutung des Informationsaustausches und die Wichtigkeit der Zusammenarbeit, damit unter anderem bei bestimmten Krankheiten, die fachärztlicher Betreuung bedürfen, die wirksamsten Therapien für die Menschen angewandt werden können.

Wir in Schleswig-Holstein leben im grenznahen Bereich und pflegen enge Beziehungen zu unseren dänischen Nachbarn. Die Ostseekooperation ist entscheidend von uns geprägt worden. Da ist Schleswig-Holstein, ein Gesundheitsstandort mit leistungsstarken Gesundheitseinrichtungen - ich denke, dass kann man hier ruhig einmal herausstellen -, die richtige Region für grenzüberschreitende Gesundheitsleistungen.

Aus dem vorgelegten Bericht der Landesregierung geht hervor, dass bereits längere Kooperationen zwischen dänischen Einrichtungen und schleswig-holsteinischen Krankenhäusern bestehen. Die **Kooperationen** mit Dänemark bestehen durch den unmittelbaren nachbarschaftlichen Bezug. So stelle ich mir auch ein zusammenwachsendes Europa vor.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Nach dem von uns geforderten Subsidiaritätsprinzip auf europäischer, nationaler und auch auf Landesebene sollen dort Entscheidungen gefällt und Leistungen erbracht werden, wo sie den Bürgern am nächsten sind, in diesem Fall im kommunalen Bereich. Die

(Astrid Höfs)

anderen Ebenen sollen dafür lediglich die Rahmenbedingungen schaffen.

Wir können die Grenzen ohne Probleme passieren. Die Menschen im Grenzbereich arbeiten oft im Nachbarland. So ist es auch schlüssig, wenn Gesundheitsleistungen über die Grenze hinweg in Anspruch genommen werden können. Die gewachsene Kooperation über die Grenze hinweg hat also zunehmende Bedeutung für die Gesundheitseinrichtungen.

Ich komme zum Schluss. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die Kooperation im Rettungsdienst auf deutscher und dänischer Seite hin. Diese Zusammenarbeit halte ich für ebenso sinnvoll wie Kooperationen der Rettungsdienste über die Kreisgrenzen hinweg. Die Verbesserung des Informationsaustausches und die Zusammenarbeit bei großen Notfallereignissen ist wegweisend für ein zusammenwachsendes Europa. Ich finde, wir sind eine modellhafte Region für Europa. Gerade in einer Grenzregion, wie wir sie an der deutsch-dänischen Grenze haben, ist die Chance groß, so etwas für bestimmte Aufgaben in Europa zu sein und um mehr Verständnis für Europa zu werben. Das ist mir sehr wichtig.

Der wirtschaftliche Aspekt darf nicht außer Acht gelassen werden. Wir müssen uns weiterhin als Gesundheitsland positionieren, unsere Stärke auf diesem Gebiet herausstellen. Die vielen Angebote in der Gesundheitswirtschaft Schleswig-Holsteins sind ganz deutlich zu machen. Wir haben schließlich einen hohen Anteil an Beschäftigten in diesem Bereich.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz.

Astrid Höfs [SPD]:

Ich bin sofort fertig. - Der Bericht der Landesregierung macht deutlich, dass sie sich aktiv an der Entwicklung der europäischen Gesundheitspolitik beteiligt und somit praxisnahe Lösungen für die Patienten und Patientinnen in grenznahen Regionen sucht. Ich bedanke mich ganz herzlich für diesen Bericht. Ich finde, dass die Annäherung der Regionen zu mehr Verständnis füreinander führt. Ich bitte um Überweisung des Berichts an den Europa- und den Gesundheitsausschuss, damit wir ihn dort weiter diskutieren können.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Zunächst ein persönliches Wort an Sie, Frau Ministerin Moser. Sie müssen mir schon zeigen, wo ich in den vergangenen zwei Jahren ein einziges Mal in Ihre Richtung behauptet hätte, die Verteilungskämpfe im Gesundheitswesen, vor denen wir stehen, seien alle von Ihnen hausgemacht. Zeigen Sie mir, wo ich Ihnen das vorgeworfen habe!

Sie haben in der Tat völlig Recht: Wir stehen vor gewaltigen Verteilungskämpfen. Das ist die Kernaufgabe, das ist die große Herausforderung, vor der wir im Gesundheitswesen stehen. Ich komme gleich darauf zurück.

Ich will nur einen Punkt herausgreifen, der mir bei der Lektüre des Berichtes, aber eigentlich schon die letzten Jahre immer wieder ein Dorn im Auge war. Frau Ministerin Moser, Sie haben vor längerer Zeit einen beachtenswerten Artikel in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ zur Reformierung des Gesundheitswesens geschrieben. Sie müssen mich korrigieren, wenn ich falsch liege. Ich meine mich erinnern zu können, dass auch Sie damals darauf hingewiesen haben, dass alle Anstrengungen zur Gesundheitsreform seit Norbert Blüm - also GRG 1989, GSG 1992 unter Seehofer, dann kam Frau Fischer und mit ihr kamen zig Vorschalt- und andere Gesetze - einen Fehler haben: Es wurde überhaupt nicht berücksichtigt, dass wir uns in einem zusammenwachsenden europäischen Markt, einem zusammenwachsenden Europa insgesamt befinden. Wir tun bei der Gesundheitspolitik immer so, als seien wir völlig abgeschottet, als könnten wir nach wie vor in einer geschlossenen Volkswirtschaft argumentieren. Das ist völlig falsch. Wir leben in einer offenen Volkswirtschaft. Es hat nichts mit Kompetenz zu tun, dass die Menschen bereits dabei sind, sich diese Vorteile auch im Gesundheitswesen zu suchen.

Herr Kalinka, in einem Punkt möchte ich Ihnen dezidiert widersprechen. Sie mögen zwar angreifen, dass die Landesregierung die Patientenbrücke als großartiges Projekt angekündigt hat, Ihnen die Zahlen aber zu gering sind. Das ist Ihr gutes Recht. Ich behaupte, es kommt nicht auf die Zahl der Patienten an, die zu uns kommen. Es kommt vielmehr auf das Signal an, dass Menschen aus anderen Ländern nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in der gesamten Bundesrepublik gesundheitliche Leistungen nachfragen. Es kommt darauf an, dass sehr viele Menschen aus Deutschland bereits längst dabei sind, in anderen Ländern gesundheitliche Leistungen nachzufragen. Herr Kalinka, gehen Sie in die typischen Altersresidenzen an der spanischen Südküste, auf den Kanaren,

(Dr. Heiner Garg)

auf Mallorca. Da werden Sie die hohe Nachfrage nach speziellen gesundheitlichen Leistungen in Polikliniken und bei Fachärzten durch deutsche Residenten finden, die übrigens nach wie vor ihren ersten Wohnsitz hier haben. Das ist eine ganz spannende Sache.

Frau Ministerin, wenn Sie gesagt haben, dieser Bericht beziehe sich ausschließlich darauf, was in der Grenzregion, also zwischen Schleswig-Holstein und den skandinavischen Staaten passiert, dann will ich mich gern daran halten. Aber ich möchte im Ausschuss schon die Frage diskutieren: Wie viele Schleswig-Holsteiner fragen im Ausland Gesundheitsleistungen nach?

Das heißt, es ist zu monokosal oder es ist zu einfach, wenn die Krankenkassen beispielsweise davor gewarnt haben, wenn wir norwegische Patientinnen und Patienten oder dänische Patientinnen und Patienten in unseren Krankenhäusern behandeln würden, müssten deutsche Patientinnen und Patienten darunter leiden.

Die Frage ist auch, welche deutsche Patientinnen und Patienten eigentlich entsprechend stationäre Leistungen in Zukunft im Ausland wahrnehmen, aus welchem Grund auch immer. Das sind Kassenpatienten, das sind aber zum Teil auch Selbstzahler. Alle diese Fragen gehören zumindest auf die Tagesordnung der Diskussion im Sozialausschuss, weil es nämlich eine ganz spannende Frage ist, welcher Austausch, welche Wechselwirkung da eigentlich hinsichtlich der unterschiedlichen Systeme besteht.

Meine Damen und Herren, man muss ja die Redezeit nicht ausschöpfen. Ich möchte deswegen an Sie alle wirklich nur herzlich appellieren: Dieses Thema ist so spannend und dahinter steckt so viel Zündstoff, weil wir es nämlich erleben werden, dass natürlich durch das **Vorschaltgesetz** unsere Kliniken in einen ganz erheblichen Kostendruck kommen und dass das selbstverständlich auch auf die Patientenversorgung Auswirkungen haben wird.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmo-
neit-Lücke [FDP])

Deswegen lassen Sie uns doch bitte wenigstens bei diesem Thema in aller Ruhe im Ausschuss eine offene und ehrliche Analyse anstellen und uns dann überlegen, wie wir möglicherweise auf die **Bundesgesetzgebung**, aber auch auf die **europäische Ebene** einwirken können, dass es zu einem vernünftigen Austausch, zu einem internationalen Austausch bei der Inanspruchnahme und bei der Lieferung von Gesundheitsleistungen von Deutschland in andere Staaten und von anderen Staaten in die Bundesrepublik kommen kann.

Ich glaube, damit ist uns sehr viel weiter geholfen als mit gegenseitigen Anschuldigungen, hier wären zu wenig Patienten oder - wie von Ihrer Seite, Frau Höfs - man müsse nur einmal irgendwohin reisen. Ich bin da auch nicht mitgefahren, Frau Höfs, und ich glaube trotzdem zu gesundheitspolitischen Themen hier weiterhin sprechen zu dürfen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten
Uwe Greve [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren diesen Bericht zu einem guten Zeitpunkt, denn es ist ja längst auch auf europäischer Ebene auf die von Herrn Dr. Garg gerade skizzierten Patientenströme reagiert worden. Es gibt seitens der Gesundheitsminister auf **EU-Ebene** - so berichtet ja diese Drucksache - seit Juli 2002 einen Austausch über die Ausweitung der Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Inanspruchnahme medizinischer Leistungen und entsprechend eine Verordnung 1408/71; dann gibt es auch mit 312 Millionen € ein Finanzprogramm von 2003 bis 2008. Jetzt, gerade im November, wird ein Programmausschuss zur näheren Präzisierung der Ansätze des Aktionsprogramms geplant.

Ich denke, es wäre schön, wenn wir dann im Laufe der Beratungen des Ausschusses ein bisschen mehr darüber erfahren könnten, ob das, was dort geplant wird, mit uns etwas zu tun hat.

Sehr konkret wird die Frage auch, wenn wir uns die **DRGs** vor Augen halten. Ich habe gelernt, dass man offensichtlich in anderen Staaten zum Beispiel ein Krankenhaus erst für geeignet hält, sich auf das Thema Brustkrebsoperationen zu spezialisieren, wenn im Jahr 200 Fälle auftreten. Das dürfte in Schleswig-Holstein den meisten Kliniken schwer fallen. Man verhandelt deshalb auch schon über ganz andere Größenordnungen.

Da ist es natürlich interessant zu lesen - auf Seite 11 des Berichts -, dass 100 Patientinnen offensichtlich zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein in einer kleinen Patientenbrücke eine sichere Behandlung erfahren können, dass es darüber zumindest im Bereich der Strahlenbehandlung jährliche Vereinbarungen gibt.

Es ist wichtig zu wissen, dass wir offensichtlich da, wo sich die Dänen schon länger mit dem Thema be-

(Angelika Birk)

fassen, eine richtig feste Vereinbarung haben, wer welche Spezialisierung in der **Grenzregion** macht. Das halte ich in einem dünnbesiedelten Gebiet, wie es nun einmal die deutsch-dänische Grenzregion ist, für sehr sinnvoll.

In de Zusammenhang ist dann auch einzuordnen, dass sich die Rheumaklinik in Bad Bramstedt im Jahr 2000 - das sind übrigens neuere Zahlen, Herr Kalinka, nicht nur die von 1999 - über 140 dänische Patientinnen und Patienten freuen kann. Warum sage ich „freuen kann“? - Natürlich haben wir gerade auch im Rahmen der DRGs das Interesse der Kliniken - Herr Garg hat das hier angedeutet -, nun außerhalb des Budgets weiterhin behandeln zu können, um damit die Kasse aufzubessern.

Das dürfen wir schon nicht so ganz außer Acht lassen. Das ist einerseits sicherlich sinnvoll, wo es um die grenzübergreifende Spezialisierung geht, und da bildet natürlich, auch wenn das Meer dazwischen liegt, Norwegen auch eine Grenze mit uns, aber auf der anderen Seite möchte ich schon einer Entwicklung nicht Vorschub leisten, die zu einer Spezialisierung führt, die dann in Regelleistungen einen Einzugsbereich von hier bis zum Nordpol hat.

Das müssen wir uns schon gut überlegen, wie viel Spezialisierung wollen wir, die dann natürlich auch ein bestimmtes Ausmaß an Operationen im Jahr erforderlich macht, um immer auf dem neuesten Stand zu sein, und wo ist das Thema Regionalversorgung einschließlich der Möglichkeiten, sich zum Beispiel auch von Angehörigen während eines Krankenhausaufenthaltes besuchen zu lassen und so weiter, angeht. Was muss Priorität haben?

Insofern finde ich es sehr gut, dass wir uns zum jetzigen Zeitpunkt mit diesen Fragen beschäftigen, wo alles noch am Anfang steht.

Auch habe zur Kenntnis genommen, dass immerhin die norwegische Regierung im Jahr 2001 eine Milliarde Norwegische Kronen für den Kauf von Gesundheitsdienstleistungen im Ausland bereithält. Das ist eine Stange Geld. Das fließt nicht alles nach Schleswig-Holstein, aber es ist natürlich - auch wenn in Zukunft vielleicht die Wartelisten in den Krankenhäusern abgebaut sind - eine Aussage.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch noch einmal auf das Thema Ärzte und Pflege zu sprechen kommen. Es ist ja kein Geheimnis, dass viele deutsche Ärztinnen und Ärzte nach Skandinavien auswandern und dort mit lukrativen Verträgen gelockt werden. Wir können also schon sagen, unsere Unikliniken bilden einen erheblichen Anteil der Spezialisten der Zukunft für Skandinavien aus.

Es ist unüblich, dass Universitäten von den abnehmenden Krankenhäusern oder Ländern dafür Geld verlangen können, aber ich frage: Was kriegen wir auf der anderen Seite dann auch zurück? Denn - so meine ich - es sollte schon nicht nur ein einseitiger Austausch sein.

Auf der anderen Seite ist es ja so, dass die Skandinavier in der **Pflege** sehr viel weiter sind als wir; sie haben hierfür ja auch eine Fachhochschulausbildung. Ich finde es schon interessant, dass die zum Beispiel Uniklinik in Lübeck im Bereich der Pflege Kontakte zur Uniklinik in Oslo geknüpft hat und dass man dort - noch sehr vorsichtig; das ist alles noch in den Anfängen - darüber nachdenkt, wie man wechselseitig davon profitieren kann, indem man beispielsweise auch einen **Pflegepersonal Austausch** macht. Das ist auch etwas, wovon wir wiederum profitieren könnten, weil wir ja offensichtlich in der fachlichen Ausbildung, gerade was Aufstieg und wissenschaftliche Fundierung angeht, noch nicht so weit sind.

Insofern also ein Thema, das uns mehr als einmal beschäftigen wird. Hierin gebe ich Herrn Garg und auch Frau Höfs ausdrücklich Recht, die die Notwendigkeit und die Vorteile von grenzüberschreitenden Besuchen denjenigen, die aus verschiedensten Gründen nicht mit nach Oslo fahren konnten, vor Augen geführt haben.

Ich hoffe, dass wir in einer sachlichen und mit guten Zahlengrundlagen ausgestatteten Gesprächssituation im Sozialausschuss die Beratungen fortsetzen und dass dann auch der Herr Kalinka zu seinen sachlichen Fragen zurückfindet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als einem vor einigen Jahren die Notarztwagen aus Flensburg plötzlich auch in Padborg begegneten, war es noch ein seltsames Gefühl. Mittlerweile ist es Alltag: Die Flensburger Feuerwehr fährt nämlich mit Blaulicht durch die dänische Grenzstadt. Heute sind die rot-weißen deutschen Rettungswagen wohl das sichtbarste Beispiel für pragmatische **Zusammenarbeit** bei der **Krankenversorgung** im Grenzland.

(Silke Hinrichsen)

Auch in der klinischen Behandlung von Kranken haben wir mittlerweile gute Erfahrungen gemacht. Die Beispiele lassen sich bisher immer noch an wenigen Fingern abzählen, aber die wichtigen ersten Erfahrungen sind vielfach schon gemacht worden. Stichworte sind hier die Behandlung dänischer Patienten in Flensburg, Kiel, Damp und Bad Bramstedt oder die **norwegische „pasientbro“**.

Diese Behandlungen an Krankenhäusern im Land, die durch andere Staaten finanziert werden, sind für Schleswig-Holstein zuerst unter einem wirtschaftspolitischen Aspekt aktuell. Die Landesregierung hat hier gemeinsam mit der Krankenhausgesellschaft vieles getan, um die wirtschaftlichen Interessen der heimischen Krankenhäuser im Ostseeraum zu vertreten.

Der Sozialausschuss - darüber wurde vorhin schon gesprochen - war erst vor wenigen Wochen in Begleitung der Krankenhausgesellschaft und der Krankenkassen in Oslo und hat die Kontakte weiter vertieft. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat aber auch gesundheitspolitische Aspekte. Mittlerweile geht es schon nicht mehr nur darum, dass unsere skandinavischen Nachbarn ihre Wartelisten abbauen, indem sie hier ganz bestimmte Operationen oder Behandlungen einkaufen.

Heute wird auch ganz konkret über eine Zusammenarbeit über die Grenze hinweg gesprochen. So führt zum Beispiel die Stadt Flensburg gegenwärtig Gespräche mit **Sønderjyllands** Amt über gemeinsame Projekte in der Gesundheitsversorgung. Außerdem hat der SSW in Flensburg die Initiative zur Planung von grenzüberschreitenden Projekten der vorbeugenden Gesundheitsförderung ergriffen. Diese Initiative unter dem Stichwort „Gesunde Stadt“ wird von den anderen Flensburger Fraktionen unterstützt.

Wir erwarten, dass die Landesregierung diese ersten grenzüberschreitenden Schritte in der Gesundheitspolitik positiv begleiten und auch fördern wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geschieht also schon einiges, aber alles steckt noch in den Kinderschuhen.

Deshalb lassen sich wohl auch nicht immer Erfahrungen vermeiden - wie am Krankenhaus in Flensburg -, dass eine verstärkte Inanspruchnahme der strahlentherapeutischen Einrichtungen zu Engpässen für Patientinnen und Patienten aus Schleswig-Holstein führt. Das Problem ist durch einen zweiten Linearbeschleuniger wieder behoben worden, aber wir stimmen der Landesregierung zu - so steht es auch in dem Bericht;

das halte ich für ganz wichtig -: Die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung im Land muss Vorrang haben.

Eine theoretische Möglichkeit, solche Probleme zu verhindern, ist natürlich eine grenzüberschreitende Planung im Gesundheitswesen, wie sie die Landesregierung anstrebt. Wir halten so etwas allerdings für etwas unwahrscheinlich.

Die ganz unterschiedlichen Systeme der Versorgung und Finanzierung von Gesundheitsleistungen nördlich und südlich der Grenze lassen so etwas gegenwärtig unrealistisch erscheinen. Zudem ist es gerade ein Kennzeichen der dänischen Position in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, dass unsere nördlichen Nachbarn nicht der Zusammenarbeit wegen die Zusammenarbeit wählen, sondern aufgrund von pragmatischen, handfesten Vorteilen in klar umrissenen Bereichen. Deshalb wird es wohl auch künftig eher um Zusammenarbeit in Bezug auf konkrete Probleme als um eine umfassende Planung von Gesundheitsdienstleistungen gehen.

Herr Kalinka, ich kann Ihnen jetzt sogar verraten, woher Sie Ihre Zahl mit 280.000 haben; die steht nämlich im Bericht. Vielleicht haben Sie den Bericht ja auch zufällig gelesen. Sie haben dort nämlich leider ein Wort übersehen: „Ausgangspunkt für die ‚pasientbro‘ waren Wartelisten“. „Waren“. Ich weiß nicht, ob Sie das Wort kennen, aber das beschreibt, dass das in der Vergangenheit so gewesen ist.

Darüber hinaus ist auch ausdrücklich in diesem Bericht hineingeschrieben worden, dass das norwegische Parlament insgesamt 1 Milliarde Norwegische Kronen zwar zur Verfügung gestellt hat für den Einkauf bestimmter Gesundheitsleistungen, aber nicht pro Jahr - darauf möchte ich gern hinweisen -, und es hat die Ausschreibung gegeben - wenn Sie den Bericht weiter gelesen hätten, wüssten Sie das - und diese Ausschreibungsfrist, an der sich schleswig-holsteinische Krankenhäuser beteiligt haben, ist erst im Februar 2001 ausgelaufen. Dann waren weitere Verhandlungen nötig und darüber hinaus war es auch so, dass die gesamte Ausschreibung europaweit stattfand. Wie Sie vielleicht weiter wissen, sind bei den Patienten die spezifischen Gegebenheiten zu berücksichtigen, wonach es natürlich klar ist, dass die Gesundheitsleistungen hauptsächlich im Nachbarland Schweden nachgesucht wurden; die Schweden hatten sich nämlich ebenso darum bemüht und es bietet sich wegen der Nähe doch an, eher nach Schweden zu gehen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

Silke Hinrichsen [SSW]:

Nein.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Sozialausschuss und dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Die Rolle des Ausschusses der Regionen im zukünftigen Aufbau der Europäischen Union

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2235

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Rodust.

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle politisch Verantwortlichen beobachten mit großer Aufmerksamkeit die Arbeit des **Europäischen Konvents**, geht es dabei doch um nichts Geringeres als um die Erarbeitung eines Verfassungsvertrages der Gemeinschaft.

Dem Konvent ist in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Nizza und von Laeken der ausdrückliche Auftrag erteilt worden, über Mechanismen für die Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips nachzudenken.

Jede gut funktionierende Demokratie nimmt in der örtlichen Ebene ihren Anfang. Ein **Europa** von künftig 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern kann nicht zentral regiert werden. Die Union sollte zwar über alle Kompetenzen verfügen, die zur Erreichung ihrer Ziele erforderlich sind, es muss allerdings eine klare Unterscheidung zwischen den ausschließlichen, den geteilten und den ergänzenden **Kompetenzen** geben. Die Europäische Union wird von der Öffentlichkeit erst dann wirklich akzeptiert, wenn die Bür-

ger wissen, wer in Europa wofür zuständig ist. Sie muss daher die Souveränität ihrer **Regionen**, also ihrer regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, genau so respektieren, wie es bezüglich der Souveränität ihrer Mitgliedstaaten üblich ist. Dies gilt insbesondere für die institutionellen Regionen, zum Beispiel die Länderparlamente.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Grundsätze der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in einem Verfassungsvertrag festgeschrieben werden müssen. Damit das gelingt, brauchen wir Verbündete, zum Beispiel den **Ausschuss der Regionen**.

Besonders der Ausschuss der Regionen hat sich in der Vergangenheit in unzähligen Stellungnahmen für die Einhaltung des **Subsidiaritätsprinzips** eingesetzt. Er hat sich mit Vorschlägen für Gesetze der Gemeinschaft Akzeptanz verschafft und sich beharrlich für die Interessen der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften ausgesprochen. Der AdR hat im **Maastrichter Vertrag** erreicht, dass er schon heute zwingend zu den Themen, die wir auch hier im Landtag diskutieren - zum Beispiel allgemeine Bildung und Jugend, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik -, gehört werden muss. Wie dann allerdings mit den Vorschlägen des AdR zu verfahren ist, ist bisher nicht geregelt. Aus diesem Grund sollte die Kommission zukünftig verpflichtet werden, eine Begründung abzugeben, wenn sie die Berücksichtigung einer Stellungnahme ablehnt.

In politischen Bereichen mit deutlich regionaler Tragweite, wie etwa der Regionalpolitik und der **Strukturpolitik**, ist es wichtig, dem Ausschuss der Regionen Vetorecht einzuräumen. Aufgrund dessen werden ihm zum Beispiel sechs Monate Zeit gegeben, um sich mit der Kommission, dem Parlament und dem Rat auf eine bürgernahe Politik zu verständigen, was wiederum bedeutet, dass wir von hier aus Einfluss nehmen könnten. Sinnvoll wäre es, wenn dem AdR außerdem die Möglichkeit eingeräumt würde, schriftliche und mündliche Anfragen an die Kommission zu richten. Auch diese Möglichkeit könnten wir dann trefflich nutzen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wie häufig stellen wir auch hier im Hause fest, dass diejenigen, die auf EU-Ebene Ziele und Prioritäten festlegen, sich über die finanziellen Konsequenzen ihrer Entscheidungen für andere Verwaltungsebenen keine Gedanken machen.

(Beifall bei der SPD)

(Ulrike Rodust)

In solcher Situation wäre es zum Beispiel sinnvoll, wenn wir - das heißt der Ausschuss der Regionen für uns - Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erheben könnten, falls Belange der Subsidiarität betroffen sind.

Dem **Europäischen Rechnungshof** ist vor einiger Zeit der Status eines Organs verliehen worden. Damals stellte sich die Frage: Wieso dann nicht auch dem Ausschuss der Regionen? Denn ein gravierender Vorteil wäre die finanzielle und personelle Ausstattung, die dann zu beanspruchen wäre.

Damit hier kein Missverständnis entsteht, möchte ich hier an dieser Stelle auch als stellvertretendes AdR-Mitglied betonen: Es ist zu keiner Zeit im AdR diskutiert worden, ein Gegenparlament zum Europäischen Parlament aufzubauen. Im Gegenteil, wir fordern und unterstützen alle Maßnahmen, die die Rechte des Europäischen Parlaments ausbauen und ihm die Instrumente an die Hand geben, die es für die Ausübung einer verlässlichen Demokratie braucht. Da jetzt der neue Vertrag ausgearbeitet wird, ist es klug, mit einer Maximalforderung in die Verhandlungen zu gehen. Sollte dies nicht gelingen, wäre darauf zu achten, dass die inhaltlichen Forderungen des AdR in den Vertrag mit aufgenommen werden. Der AdR sieht sich auch künftig in erster Linie als **Beratungsgremium** und nicht als Entscheidungsträger.

Doch wir sollten alle ein Interesse daran haben, dass Entscheidungen auf die Grundsätze der Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und Bürgernähe gestützt sind. Der AdR steht für diese Forderung und sollte deshalb gestärkt werden, da er sich in Brüssel für unsere regionalen Belange einsetzt. Deshalb ist dieser Antrag besonders wichtig.

Ich hätte mich sehr gefreut, wenn ihm alle Fraktionen zugestimmt hätten. Nun weiß ich, dass es noch Beratungsbedarf gibt. Deshalb bitte ich um Überweisung in den Europaausschuss zur abschließenden Beratung.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Ritzek das Wort.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu diesem friedlichen Thema in dieser friedlichen Atmosphäre des hohen Hauses noch einige Anmerkungen:

Der gegenwärtige **Erweiterungsprozess** der Europäischen Union ist mehr als nur eine Erhöhung der Anzahl der EU-Mitgliedstaaten. Über die wirtschaftlichen und politischen Vorteile hinaus bedeutet er die

friedliche Wiedervereinigung der Länder des Abendlands.

Dieser Prozess muss aber den Bürgerinnen und Bürgern in der Europäischen Union und in den beitragswilligen Ländern klar erläutert werden, und zwar bis in die Regionen hinein. Es ist die Überzeugung des Ausschusses der Regionen, dass die Einbeziehung der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Europapolitik der Schlüssel zur weiteren **Integration** ist.

Auf der **Regierungskonferenz von Nizza** im Dezember 2000 blieben Fragen der konstitutionellen Weiterentwicklung des europäischen Vertragswerkes, wie etwa die der überarbeiteten Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten, ausgeklammert. Es wurde aber in der Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union konkretisiert, dass der für ein Jahr eingesetzte **Europäische Konvent** die Kompetenzzuordnung auch für die Mitwirkung der regionalen Ebene festlegt.

Die Aufgabe des Mitwirkens bis in die regionale Ebene hinein obliegt dem **Ausschuss der Regionen**. Der AdR lebt ja noch nicht so lange als Organ der Europäischen Union wie zum Beispiel das Europäische Parlament. Während die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 erfolgte, wurde der AdR erst 1994 ins Leben gerufen. Sicherlich hat er auch deshalb noch ein Kompetenzfindungsdefizit.

222 Mitglieder des AdR kommen aus den heutigen 15 Mitgliedsländern. Die Größe der vertretenen Länder, die Rechtsstellung und die Handlungsmöglichkeiten der Regionen in der Europäischen Union sind höchst unterschiedlich ausgeprägt. Neben den vergleichsweise mächtigen deutschen Ländern mit Staatscharakter haben die regionalen Untergliederungen, etwa in Finnland, Griechenland, Irland, Portugal oder auch Dänemark, den Charakter reiner Verwaltungseinheiten.

In seiner gegenwärtigen Ausgestaltung entspricht der Ausschuss der Regionen nicht den Erwartungen, die die deutschen Länder hatten, als sie ihn bei den Verhandlungen über den Maastrichter Vertrag zusammen mit den belgischen Regionen durchsetzten. Die Länder wollten ein politisches Organ der Regionen, das selbstbewusst für mehr Subsidiarität und Bürgernähe eintritt

(Beifall bei CDU und FDP)

und sich energisch dafür einsetzt, dass die politischen Handlungs- und Gestaltungsspielräume der Regionen gesichert und erweitert werden.

(Manfred Ritzek)

Die unterschiedliche Mitglieder-Struktur des AdR schließt Probleme durch unterschiedliche Interessen innerhalb des Ausschusses nicht aus. Hinzu kommt - und das ist entscheidend -, dass sich seine Aufgabe ausschließlich auf Beratung beschränkt und er seine begrenzten Rechte bisher noch nicht einmal vor dem Europäischen Gerichtshof verteidigen kann.

Deshalb ist der Antrag fast aller Fraktionen zu einer klareren Kompetenzabgrenzung so wertvoll. Er ist zeitgerecht gestellt, weil er in die Konventberatungen aufgenommen werden kann.

Im Antrag werden detaillierte Forderungen zum Klagerrecht, zum Fragerecht, zu Berichterstattung und **Repräsentanz** entsprechend der Ländergröße gestellt. Gerade zum letzten Punkt, der angemessenen Mitgliederzahl pro Region, sei gesagt, dass Deutschland im zukünftigen AdR mit seinen insgesamt 344 Mitgliedern - heute sind es 222 - nach der Erweiterung nur mit 24 Sitzen vertreten sein soll. Das entspricht 7 % der AdR-Sitze bei aber knapp 17 % der Bevölkerung.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Wie ungerecht!)

Wir wollen den AdR in seiner Aufgabe stärken, das europäische Forum für die Forderungen nach **Subsidiarität** für europäische Handlungsspielräume zu sein. Es ist Aufgabe der Mitglieder des AdR, seine Aufgaben auch nach außen zu dokumentieren.

Nach der 46. Plenartagung des AdR am 10. Oktober 02 seien nur einige Themen erwähnt, mit denen sich der AdR befasst hat: Lebenslanges Lernen, hoher Bildungsstand, Bekämpfung von Armut, die Themen Langzeitarbeitslosigkeit, Rentenversorgung, Altenpflege usw.

Es wäre konkret für unser Parlament, für unser Land auch zu begrüßen, wenn bei allen Konventaktivitäten die Kompetenz unseres Parlaments optimal genutzt und auch die zweitstärkste Fraktion in diesem Hause in die unmittelbare AdR-Arbeit einbezogen würde, damit die AdR-Arbeit in Brüssel zwischen den beiden stärksten Fraktionen geteilt wird.

Der Inhalt des Antrages entspricht dem Konzept der Gesamtstrategie der AdR-Vertretungen der Bundesländer. Ich bitte daher um Unterstützung für das Anliegen, den Antrag im Ausschuss weiter zu diskutieren.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Behm.

Joachim Behm [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hier das Votum der FDP-Fraktion im Landtag: Eine der weitestgehendsten Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft war es, mit der Einrichtung des **Ausschusses der Regionen** der Europäischen Vielfalt an Völkern, Sprachen, Kulturen und politischen Untergliederungen ein Sprachrohr zu geben.

(Beifall bei der FDP)

Das war es dann aber schon. Denn der AdR hatte von Anfang an nur **beratende Funktion**. Seine Beschlüsse wurden meist zur Kenntnis genommen und - man sollte es hoffen - hier und da auch wohlwollend marginal berücksichtigt. Dies soll sich in Richtung einer so genannten **Zwei-Kammer-Funktion** - vielleicht dem Bundesrat vergleichbar - ändern.

Ein **Klagerrecht** vor dem Europäischen Gerichtshof soll installiert werden. Dies findet breite Zustimmung, aber im Detail betrachtet ergeben sich natürlich viele formale Fragen, die von Mitgliedsland zu Mitgliedsland in der Europäischen Union unterschiedlich sind. Bei den Ländern mit föderaler Struktur - zum Beispiel Österreich und Deutschland - oder dem zukünftigen Mitgliedsstaat Polen lässt sich eine regionale Struktur mit entsprechender Vertretung im Rat der Regionen leicht regeln.

Ist eine solche Struktur mit den Wahlen legitimierter Vertretungskörperschaften nicht vorhanden, stellen sich automatisch neue Fragen. Wird ein Teil der Delegierten sozusagen demokratisch gewählt, andere werden aber nur ernannt, ergeben sich natürlich verfassungsrechtliche Bedenken, wenn es um die **Mitwirkungskompetenz** des AdR geht.

Auch die Frage der Gewichtung der Bevölkerungszahlen bei der Zusammensetzung des AdR als Zweiter Kammer ist sicherlich ein nicht so leicht zu lösendes Problem. Der Abgeordnete Ritzek ging darauf ein.

Der Wunsch der größeren Mitgliedsländer, anteilig vertreten zu sein, steht dem Wunsch der kleineren Mitgliedsländer entgegen, nicht in eine geduldete Bedeutungslosigkeit zu fallen. Dies entspricht auch dem Wunsch von Sprach- und Volksgruppenminderheiten, berücksichtigt zu werden.

Auch stellt sich die Frage, wie mit **Großregionen** umgegangen werden soll, wenn dies zum Kriterium der Vertretungsstärke gemacht wird. Das heißt, die Frage ist zu klären, was eine Region ist.

Als Beispiel: Die von uns propagierte und gepflegte Ostseeregion - oder anders gesagt: die **Nordische**

(Joachim Behm)

Dimension - sollte im Sinne des AdR nicht als Gesamtgröße berücksichtigt werden.

Ich komme zur Bewertung. Die Propagierung eines **Europas der Regionen** mit einer unmittelbaren **parlamentarischen Einflussmöglichkeit** ist eigentlich ein genialer Schachzug, den Flickenteppich Europas zu einer akzeptierten staatlichen Gemeinschaft zu gestalten. Historische Feindschaften, sprachliche und kulturelle Besonderheiten, religiöse Barrieren können so elegant überbrückt und entschärft werden.

So wie Bayern, Sachsen, Schwaben, Mecklenburger und natürlich auch Schleswig-Holsteiner könnten Nordiren, Basken und Bosnier in einem Europa der Regionen ihre Besonderheiten pflegen und in die Gemeinschaft einbringen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Badenser auch!)

- Ich füge die Badenser natürlich gern hinzu.

Über eine Stärkung des Ausschusses der Regionen und eine verfassungsrechtlich fundierte parlamentarische Funktion lässt sich dieser Weg beschreiten. Die FDP-Fraktion des Schleswig-Holsteinischen Landtags begrüßt die Initiative des Hauses und wird sich in die weiteren Beratungen einbringen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Forderung des **Ausschusses der Regionen**, als Teil der Europäischen Union legitimiert zu werden schließen wir uns mit diesem vorgelegten Antrag an. Das kann natürlich, wie Frau Rodust es schon ausgeführt hat, kein Nebenparlament sein, aber die Anbindung an die Organe der EU ist gerade aus Sicht föderaler Strukturen wichtig. Daher soll die AdR-Diskussion Eingang finden in die Arbeit beim Konvent.

Lassen Sie mich noch kurz Stellung nehmen zu der Frage des **Klagerechtes**. Nach meiner Auffassung ist damit natürlich nur gemeint Klagerecht in eigener Sache und nicht allgemein. Insofern ist diese Frage vielleicht noch einmal in der Ausschussbefassung zu präzisieren. Ich freue mich, dass Sie sich da einer Debatte nicht verschließen. Ich bin zuversichtlich, dass wir eine Optimierung dieses Antrages im Aus-

schuss erarbeiten können, sodass alle Fraktionen dann diesen Antrag mittragen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon oft gesagt worden und stimmt dennoch immer wieder: Wir stehen vor historischen Weichenstellungen, denn die Verhandlungen mit den möglichen **EU-Beitrittsländern** treten jetzt in die entscheidende Phase. Mit dem Beitritt von bis zu zwölf neuen Ländern und auch ihren Strukturen steht die Europäische Union vor ihrer bisher größten Herausforderung. Die entscheidende Frage ist dabei: Wie soll die **demokratische Legitimität** einer Union mit 25 oder mehr Mitgliedern gesichert werden, ohne dass die institutionelle Handlungsfähigkeit, die ja bereits heute äußerst problematisch ist, weiter verschlechtert wird? Um diese Frage zu klären, hat der Rat von Laeken im Dezember letzten Jahres den so genannten **EU-Konvent** eingesetzt. Er besteht hauptsächlich aus Vertretern der nationalen Parlamente und der Regierungen. Bekanntlich soll der Konvent bis zum Frühjahr nächsten Jahres Vorschläge für eine institutionelle Reform der EU erarbeiten. Auf der Grundlage dieser Vorschläge soll dann eine Regierungskonferenz die notwendigen Reformen im Jahre 2004 beschließen.

Wie organisieren wir also die zukünftige EU? Brauchen wir beispielsweise noch ein Europäisches Parlament, das eigentlich nichts entscheiden darf? Soll es eine zweite Kammer mit Vertretern der nationalen Kammern geben? Oder sollte man sich nicht lieber auf eine klare Aufteilung der Aufgaben zwischen der EU, den Staaten und den Regionen konzentrieren und gleichzeitig die enorme Bürokratie in Brüssel abbauen, so wie es beispielsweise der seinerzeitige Ministerpräsident Clement gefordert hat? Klar ist nur, eine Reform der EU wird alle Organe der Gemeinschaft betreffen müssen.

In diesem Zusammenhang ist es auch eine wichtige Frage, was aus dem Ausschuss der Regionen in Zukunft werden soll. Wir begrüßen daher, dass die Kolleginnen und Kollegen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihrem Antrag dieses Thema heute auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt haben. Dennoch können wir den Antrag nicht unterstützen. Wir sind dagegen, dass der Ausschuss der Regionen weitere Befugnisse oder Rechte bekommt

(Lars Harms)

und können jedweden Schritt in Richtung einer Institutionalisierung des Ausschusses, auch wenn er noch so klein ist, nicht unterstützen. Wenn man das Prinzip der **Subsidiarität** wirklich ernst nimmt, kann man nicht weiter in Brüssel alles zentralisieren und noch ein Organ stärken. Genau das geschieht leider, wenn man dem Ausschuss der Regionen weitere Rechte zugesteht.

Ich bitte also, die Haltung des SSW wie folgt zu verstehen: Der **Ausschuss der Regionen** mag seine Berechtigung als **beratendes Organ** in Brüssel haben, aber aus unserer Sicht wäre es richtiger, wenn das Land Schleswig-Holstein seine berechtigten regionalen Interessen verstärkt über den Bundesrat und die Bundesregierung gegenüber der EU wahrnehmen würde. Auch wir wollen ein Europa der Nationen, in dem die Regionen eine wichtige Rolle spielen, wir wollen keinen europäischen Superstaat, aber die notwendigen **Reformen in der EU** sollen dazu genutzt werden, den Föderalismus in Deutschland zu stärken und gleichzeitig von der EU über die Bundesrepublik bis hin zu den Bundesländern die Kompetenzen klar zu definieren. Nur so schaffen wir mehr Transparenz und auch mehr Demokratie für die Menschen in Europa.

(Beifall der Abgeordneten Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Lütkes.

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die Ministerpräsidentin darf ich Ihnen versichern, dass wir der Ansicht sind, dass der Ausschuss der Regionen, der durch den Maastrichter Vertrag 1992 eingerichtet wurde, zu einem ganz wesentlichen Teil dazu beigetragen hat, die Europäische Union grundlegend zu verändern. Subsidiarität und Regionalität, diese beiden **Funktionsprinzipien** gehören zu Säulen, auf denen die Europäische Union heute ruht. Wenn heute über die erste europäische Verfassung diskutiert wird, geht es immer auch um diese beiden Prinzipien. Sie haben Europa schon jetzt zu einem Besseren verändert. Sie machen unumkehrbar deutlich, dass das vereinte Europa nicht den Weg eines zentralistischen Superstaats gehen darf und gehen will.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Sie sind Garant dafür, dass dieses Europa demokratisch, bürgernah und dabei funktionsfähig sein wird

und es auch möchte. Sie sind gerade für die **Beitrittsländer** wichtige Garantien dafür, dass die Ängste vor der Dominanz mächtiger Zentralen unbegründet ist. Es ist wichtig, dass die grundsätzliche Bedeutung dieser Prinzipien stets zu betonen ist, denn Subsidiarität und **Regionalität** werden Europa auch weiterhin verändern. Sie werden die Regionen zwingen, sich noch stärker über ihre neue europäische Rolle klar zu werden, sie werden deutlich machen, dass das gemeinsame Ziel eine leistungsfähige Union heißt, die die Akzeptanz ihrer Bürger und Bürgerinnen besitzt.

Mit dem Ausschuss der Regionen wurde ein wichtiger Baustein für diese Entwicklung geschaffen. Er hat den Regionen im europäischen Kontext eine Stimme gegeben, die auch gehört wird. Dies war sicherlich nicht immer leicht, denn die europäischen Regionen sind denkbar unterschiedlich organisiert. Sie reichen von reinen Verwaltungsbehörden bis hin zu den deutschen Ländern mit Eigenstaatlichkeit. Dass im Ausschuss der Regionen trotzdem gemeinsame politische Positionen formuliert werden konnten, ist bemerkenswert, ist ein Erfolg. Hier hat sich so etwas wie eine Solidarität der Regionen auf europäischer Ebene gebildet. Dies ist für die Bildung **europäischer Legitimität** von zentraler Bedeutung.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist es ein beachtlicher Erfolg, dass zwar nicht alle, aber doch viele Erwartungen, die es im Ausschuss gab, auch erfüllt werden konnten. Der Ausschuss hat sich seine Position im europäischen Kontext nicht zuletzt durch Beharrlichkeit und Fleiß erarbeitet. Es gab kein wichtiges Vorhaben der Kommission oder des Rates, das nicht aus der Perspektive der Regionen bewertet und diskutiert wurde. Dadurch ist der Ausschuss der Regionen schon jetzt mehr als ein reines Beratungsgremium.

Aus deutscher Sicht darf nicht übersehen werden, dass insbesondere die Zusammenarbeit der deutschen Mitglieder über die Parteigrenzen hinweg ausgesprochen gut funktioniert hat. Dies hat nicht zuletzt zu diesem Antrag geführt, der die parteiübergreifende Position der deutschen Delegierten im Ausschuss der Regionen widerspiegelt. Das relativiert ein bisschen den europapolitischen Streit, der manchmal im eigenen deutschen Haus geführt wird.

An dieser Stelle darf ich im Namen der Ministerpräsidentin den ausdrücklichen Dank an Ulrike Rodust aussprechen, die einen herragenden Einsatz gebracht hat,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Ministerin Anne Lütkes)

und möchte im Namen von Frau Simonis diesen Dank ganz herzlich anbringen, zumal der Einsatz doch etwas umfangreicher war, als zunächst zu erwarten. Also herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag ist ein wichtiger Beitrag für die Diskussion einer **europäischen Verfassung**. Er zeigt, dass diese Diskussion nicht nur in Brüssel geführt werden darf, sondern auch in den Regionen geführt werden wird und muss, nicht nur von Verfassungsexperten, sondern auch von den Menschen vor Ort. In dieser Diskussion spielen Subsidiarität und Regionalität schon jetzt eine zentrale Rolle. Sie hat gerade erst begonnen und auch die neue europäische Verfassung wird nicht das Ende der Entwicklung sein. Dabei sollten wir uns als regionale Vertreter stets verdeutlichen: Die Diskussion um Subsidiarität wird die Akteure in den europäischen Institutionen zwingen, sich bei allen Entscheidungen immer den regionalen Aspekt zu verdeutlichen und hoffentlich zu Eigen zu machen. Genauso wird diese Diskussion uns in den Regionen zwingen, in unseren Forderungen und Positionen stärker die europäischen Aspekte zu beachten.

Für die Akteure in Europa wie in den Regionen gilt das gemeinsame Ziel, eine funktionsfähige Union zu schaffen mit schlanken Entscheidungswegen und klaren Verantwortlichkeiten, eine Union, die die Unterstützung und Zuwendung, aber auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Europa besitzt. Auf diesem Weg sehen wir uns gemeinsam mit diesem hohen Haus und allen gesellschaftlichen Akteuren in Schleswig-Holstein. Diese Zusammenarbeit funktioniert ausgesprochen gut. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, den Antrag dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so angenommen.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen die freudige Mitteilung machen, dass die Fraktionen sich darauf verständigt haben, Tagesordnungspunkt 4 a ohne Aussprache zu behandeln, sodass ich ihn einreihe in die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung der Fachkliniken (FKING)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1914

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses

Drucksache 15/2178

Ich erteile dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Beran, das Wort.

Andreas Beran [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegt in zweiter Lesung der Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Fachkliniken vor.

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der CDU, den Gesetzentwurf in der Fassung der rechten Spalte - Sie finden in der Anlage das Gesetz noch einmal neu ausgedruckt - der Gegenüberstellung anzunehmen. Änderungen gegenüber dem Gesetzentwurf der Landesregierung sind durch Fettdruck kenntlich gemacht.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse abstimmen über den Gesetzentwurf der Landesregierung. Wer diesem Gesetzentwurf in der Fassung des Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag aller Länder über die Bereitstellung von Mitteln aus der Oddset-Sportwette im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2136

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 15/2225

Ich erteile der Berichterstatterin des Finanzausschusses, der Frau Abgeordneten Kähler das Wort.

Ursula Kähler [SPD]:

Frau Präsidentin, ich verweise auf die Vorlage des Finanzausschusses. Er hat gegen eine Stimme bei einer Enthaltung dieser Vorlage zugestimmt.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4 und 35 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Land Schleswig-Holstein (Landes-Vergabegesetz)**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/957

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 15/2228

b) Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/958

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 15/2229

Ich erteile der Berichterstatterin des Wirtschaftsausschusses, der Frau Abgeordneten Strauß, das Wort.

Roswitha Strauß [CDU]:

Frau Präsidentin, der Landtag hat den Gesetzentwurf Drucksache 15/957 dem Wirtschaftsausschuss federführend und dem Innen- und Rechtsausschuss mitberatend durch Plenarbeschluss vom 31. Mai zur Beratung überwiesen. Der federführende Wirtschaftsausschuss hat sich mit der Vorlage in mehreren Sitzungen, zuletzt am 25. September 2002, befasst, der beteiligte Innen- und Rechtsausschuss in seiner Sitzung am 30. Oktober 2002. Einstimmig empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 15/957 für erledigt zu erklären. Gleiches gilt für den Antrag Drucksache 15/958.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW, Drucksache 15/957, und den Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 15/958,

für erledigt zu erklären. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 a auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2074

Ich erteile dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Beran, das Wort.

Andreas Beran [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der von Ihnen benannte Gesetzentwurf liegt Ihnen in zweiter Lesung vor. Der Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung am 7. November 2002 mit dem Gesetzentwurf befasst und empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und bei Stimmenthaltung des Vertreters der FDP-Fraktion, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich diesem Votum in seiner Sitzung am 13. November 2002 angeschlossen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Gesetzentwurf ist angenommen mit den Stimmen der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Land Schleswig-Holstein (Landessicherheitsüberprüfungsgesetz – LSUG -)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2202

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegen-

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

stimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Jugendmedienschutz Staatsvertrag und zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2218

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen.

(Zuruf von der SPD: Mitberaten sollen der Wirtschafts- und der Sozialausschuss!)

- Mitberaten sollen der Wirtschafts- und der Sozialausschuss. - Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (Brandenschutzgesetz – BrSchG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2230

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Umbesetzung im Richterwahlausschuss

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2206

Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage offene Abstimmung vor. - Dagegen sehe ich keine Einwände. Ich weise darauf hin, dass für die Wahl eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Wer dem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Einführung des Fallpauschalensystems (DRG) an schleswig-holsteinischen Krankenhäusern

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2242

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2000

Drucksache 15/1372

und

Bemerkungen 2002 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2000

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 15/2209

Ich erteile der Berichterstatterin des Finanzausschusses, Frau Abgeordneten Kähler, das Wort.

Ursula Kähler [SPD]:

Frau Präsidentin, ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Ich sehe keine Wortmeldungen zum Bericht.

Ich lasse über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist mit den Stimmen aller Fraktionen so angenommen.

Meine Damen und Herren, die nächste Tagung des Landtages findet - abweichend vom Tagungsplan - am 12. und 13. Dezember sowie in Form einer außerordentlichen Sitzung am Mittwoch, dem 18. Dezember, mit zweiter Lesung und der Abstimmung über den Haushaltsplanentwurf statt. Gibt es dagegen Einwände? - Zur Geschäftsordnung hat Herr Oppositionsführer Kayenburg das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Wir haben heute Morgen im Ältestenrat hinsichtlich einer Verlegung keine Einigung erzielt. Wir sind der Auffassung, dass die Beratungen des Haushaltes am 18. Dezember aufgrund der Kürze der Zeit nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden

(Martin Kayenburg)

können. Wir schlagen vor, die Haushaltsberatungen in den Januar zu verlegen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Astrup!

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin! Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dem Herrn Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages unter dem Datum des 14. November gemäß § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung unseres Hauses die Bitte übersandt, eine Sondersitzung am 18. Dezember zu dem gerade beschriebenen Zweck durchzuführen. Ich bitte, über diesen Antrag abzustimmen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen hierzu sehe ich nicht. Ich lasse nun über den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen, am 18. Dezember eine außerordentliche Tagung einzuberufen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist beschlossen mit den Stimmen der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP.

Damit sind wir am Ende dieser Tagung angekommen. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Schluss: 13:23 Uhr